

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,00 M.,
im voraus zahlbar, Vierteljahr 4,32 M.,
einjährlich 16,00 M., halbjährlich 8,00 M.,
72 Bl. Vierteljahresgebühr. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat; für
Länder mit ermäßigtem Postfuss-
posten 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“ illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“ ferner „Frauenstimme“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konzentration
des Vermögens, die Konzentration
des „Kleinvermögens“ des ein-
seitigen Vermögens (jünglich und
jüngliche Vermögens), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stempelgebühr das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienangelegenheiten
Seite 40 Pfennig. Reiseangelegenheiten im Haupt-
geschäft. Einleitungsgebühr 3. wochentlich
von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 262-267 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Et. 2. u. 2. Bk.-Gef., Postfach 11, Jerusalemstr. 65-66.

Rechtsregierung in Spanien.

Konzentrationsregierung aller monarchistischen Parteien.

Madrid, 18. Februar.

Die spanische Krise ist am Mittwoch durch die Bildung eines
Konzentrationskabinetts der Rechten und der
monarchistischen Liberalen einschließlich der Regionalisten
unter Führung des Admirals Aznar beendet worden. Folgende
Minister haben sich zur Eidesleistung vor dem König in das Palais
begeben:

- Präsidentium und Marine: Admiral Aznar, unpolitisch
- Justiz: Graf von Romanones, liberal
- Finanz: Benloja, Regionalist und Freund des Finanz-
mannes Cambó
- Innere: Marquis Somoza, konservativ, bisheriger Bürger-
meister von Madrid
- Krieg: General Berenguer, der bisherige Minister-
präsident, unpolitisch
- Verkehr: La Cierva, konservativ
- Arbeit: Herzog von Maura, konservativ
- Wirtschaft: Graf von Bugall, konservativ.

Unklare Hintergründe.

Paris, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Spanien hat wieder eine neue Regierung, eine Re-
gierung, die sich unter Führung des Admirals Aznar aus
allen Schattierungen der monarchistischen Parteien zusammensetzt
und sich von dem Diktaturkabinetts des Generals Berenguer nicht
wesentlich unterscheidet. Bezeichnend für den Charakter dieser kaum
verhüllten Diktaturregierung ist die Tatsache, daß General Be-
renguer ihr als Kriegsminister angehört.

Unter diesen Umständen nimmt man hier mit großer Step-
pis eine amtliche Meldung aus Madrid zur Kenntnis, wonach sich
die neue Regierung in konstitutionellem Sinne betätigen will. Na-
geblüch will sie im März die Kommunalwahlen, im Mai
die Provinzialwahlen und im Juni die Parla-
mentswahlen ausführen. Das neue Parlament soll nach der
amtlichen Verlautbarung volle Freiheit erhalten, die Ver-
fassung in jeder gewünschten Richtung abzuändern. Auch sollen
die wichtigsten von der Diktatur erlassenen Gesetze aufgehoben
werden.

Da die Zensur zur Zeit nur die Verbreitung der offiziellen
Nachrichten gestattet, ist man hier über die Hintergründe der
letzten Entwicklung in Spanien sowie über die Stimmung im Lande
nicht unterrichtet. Aber die plötzliche Veränderung in der Haltung
des Königs, der am Dienstag ein liberal-republi-
kanisches Kabinetts bilden lassen wollte, am Mittwoch aber
ein monarchistisch-reaktionäres Kabinetts bilden ließ,
liegen zwei Auslegungen vor: Nach der einen habe Alfonso den
liberalen Politiker Guerra nur mit der ausgesprochenen Absicht mit
der Regierungsbildung beauftragt, um ihn zu Fall zu bringen und
so die liberal-republikanische Bewegung in den Augen der Öffent-
lichkeit zu diskreditieren; nach der anderen sei der König angeblich
zu bedeutenden Konzessionen an die Linke bereit gewesen, doch habe
diese ihre Forderungen übertreten.

Inzwischen scheinen alle Maßnahmen getroffen zu werden, um
die neue Regierung mit Gewalt am Ruder zu erhalten.

Ein völlig überraschender Frontwechsel innerhalb von
48 Stunden. Wie ist er zu erklären? Haben etwa die Sozial-
isten und Republikaner am entscheidenden Montag, als
Sanchez Guerra betraut war und sich an ihre im Gefängnis
stehenden Führer mit der Bitte um Mitarbeit vergeblich
wandte, einen Fehler begangen? Haben sie vielleicht die
Stärke ihrer Position überschätzt, den Bogen über-
spannt? Das läßt sich von Deutschland aus heute noch
nicht entscheiden. Sicher ist, daß die Berufung Sanchez
Guerras durch den König eine solche Demütigung für die
Krone bedeutete, daß man deren Lage für verzweifelt halten
konnte.

Aber es scheint, daß die Monarchisten und die Kirche,
die an der Erhaltung des Thrones am meisten interessiert
ist, die vierundzwanzig Stunden, die Sanchez Guerra in ver-
geblichen Verhandlungen mit den Gefangenen verlor, aus-
genutzt haben, um den König wieder „aufzupumpen“.

Jedenfalls war am Dienstagmittag Alfonso XIII. ein
ganz anderer Mann als tags zuvor. Als Sanchez Guerra
ihm mitteilen mußte, daß die Bildung der erstrebten Links-
regierung an der Weigerung der Sozialisten und Republikaner
gescheitert wäre, wandte sich der König gar nicht mehr, wie
man erwartete, an den noch weiter links stehenden Alvarez,
sondern nur noch an zuverläßige Monarchisten: so
ist das neue Kabinetts Aznar entstanden.

Danon, daß der König aus dem Lande gehen soll, um
abzuwarten, wie das Volk über sein Schicksal entscheidet, ist
keine Rede mehr. Allerdings wird wieder davon gesprochen,
daß Wahlen zu einer verfassunggebenden National-
versammlung stattfinden, also zu einem Parlament, das dem
Lande eine neue Verfassung geben soll, die, wenigstens theo-
retisch, eine republikanische sein könnte. Nur mit dem großen
Unterschied, daß es eine monarchistische und nicht eine
oppositionell-republikanische Regierung sein wird, die diese
Wahlen machen wird. Und dieser Unterschied darf leider in
einem Lande nicht unterschätzt werden, wo die Volksbildung
zum Teil noch sehr rückständig ist, wo die demokratische
Schulung und Tradition, besonders auf dem flachen Lande
und in den Kleinstädten, fehlt, wo der Verwaltungsapparat
und vor allem die Kirche überaus mächtig sind.

So könnte es zunächst scheinen, daß die Linke einen
schweren Fehler gemacht hat, als sie die Gelegenheit zur Er-
greifung der Macht zurückwies. Aber bevor man ein solches
Urteil fällt, müßte man alle Elemente des Problems mit Be-
stimmtheit kennen, aber manches ist zurzeit noch recht unklar.

Andererseits muß man auch bis auf weiteres den Führern
der republikanischen Linken eine richtigere Einschätzung des
tatsächlichen Kräfteverhältnisses und der Entwicklungsmög-
lichkeiten zutrauen, als sie dem ausländischen Beobachter im
Augenblick möglich ist. Die Männer, die es abgelehnt haben,
die Gefängniszelle mit dem Ministerstuhl zu tauschen, haben
damit nicht nur eine heroische Haltung eingenommen,
die auf die Massen des Volkes tiefen Eindruck machen dürfte,
sie müssen auch fest davon überzeugt sein, daß ihnen der Sieg
nicht mehr zu entreißen ist. Mögen sie sich nur nicht
darin getäuscht haben, möge ihr stolzes „Nein“ sich nicht später
als eine heroische Torheit erweisen, möge der schließliche
Sieg der Republik, der in der Tat auf die Dauer nicht
aufzuhalten ist, nicht mit schweren blutigen Opfern erkauft
werden müssen, nachdem er nahe daran war, auf unblutige
Weise, mit rein legalen Mitteln, errungen zu werden!

Eines ist jedenfalls sicher: der König mag vorläufig
durch die Bildung einer monarchistisch-reaktionären Regierung
seinen Thron gerettet haben, die Dynastie ist un-
rettbar, und sei es nur, weil der taubstumme
Thronfolger als Erbe nicht in Frage kommt. Wie lange
sich Alfonso XIII. noch halten wird, dürfte die Entwicklung
schon der nächsten Zukunft zeigen, aber er wird bestimmt
Alfonso der Letzte gewesen sein!

Die Königin macht in Tendenzberichterstattung.

London, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Die nach Madrid zurückgekehrte Königin von Spanien tele-
phonierte dem „Daily Express“, ihre Fahrt von der spanischen
Grenze bis zur Hauptstadt habe einem Triumphzug geglichen;
große Menschenmassen hätten sie auf den Straßen und an allen
Stationen, vor allem aber auf dem Madrider Bahnhof,
begeistert begrüßt. Aber der Madrider Korrespondent des „Daily
Express“ meldet in der gleichen Ausgabe des Blattes, am Bahnhof
hätten sich bei der Ankunft der Königin etwa 500 Personen
aus den vornehmen Familien Madrids eingefunden,
„Rassen“....

Mit deutschen Gewehren...

Paris, 18. Februar. (Eigenbericht.)

In der auswärtigen Kommission der französischen Kammer kam
es am Dienstag bei der Aussprache über die Ereignisse in
Spanien zu einem lebhaften Zwischenfall.

Der baskische Abg. Dbarnegaran behauptete im Verlauf
der Sitzung, daß Deutschland bei den Unruhen in Spanien
eine große Rolle gespielt habe. Die spanischen Revolutionäre seien
alle mit deutschen Gewehren bewaffnet. Der sozia-
listische Abg. Grumbach trat diesem Aemmenmärchen ent-
schieden entgegen.

Reichsbanner ruft!

Morgen, Freitag, 20 Uhr, im Sportpalast,
das republikanische Berlin zur

Kundgebung!

Mitwirkende: Ansprache Staatsminister Grimme „Sieben
Jahre Reichsbanner!“ — Ferner: Heinrich Witte vom
Staatstheater, der Männerchor „Fichte-Georgia 1879“
und die vereinigte Spielmannszüge und Musikchöre des
Reichsbanners. — Karten in den „Vorwärts“-Filialen und
im Gaubüro des Reichsbanners, Sebastianstraße 37-38.

Vom Zement bis zur Literatur.

Die Kontrollarbeit des Rechnungshofes.

Von Kurt Heinig.

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches hat eben seine
Denkschrift und die Bemerkungen zur Reichs-
haushaltsrechnung 1928 dem Reichstag zugehen
lassen. (Drucksache Nr. 688.)

Dem Rechnungshof des Deutschen Reiches obliegt die
Ueberwachung der gesamten Reichshaushaltsführung. Die
Prüfung der Rechnungen durch den Rechnungshof hat sich
darauf zu erstrecken:

1. ob der Haushaltsplan einschließlich der dazu-
gehörigen Unterlagen eingehalten ist;
2. ob die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und
rechnerisch in vorchriftsmäßiger Weise begrün-
det und belegt sind;
3. ob bei der Gewinnung und Erhebung von Ein-
nahmen sowie bei der Verwendung und Beraus-
gabung von Reichsmitteln, ferner bei der Erwer-
bung, Benutzung und Veräußerung von Reichs-
eigentum nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften
unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze
und unter Beobachtung der gebotenen Wirt-
schaftlichkeit verfahren worden ist;
4. ob nicht Einrichtungen unterhalten, Stellen aufrecht-
erhalten oder in sonstiger Weise Reichsmittel verausgabt wor-
den sind, die ohne Gefährdung des Verwaltungszwecks hätten
eingespart oder erspart werden können.

Der Rechnungshof darf von den Behörden jede zur Prü-
fung der Rechnungen und Nachweisungen oder sonst zur
Ueberwachung der Wirtschaftsführung von ihm für erforder-
lich erachtete Auskunft sowie die Einfindung von Büchern und
Schriftstücken und die Vorlegung der Akten verlangen.

Nach Prüfung der Rechnungen hat der Rechnungshof
unter selbständiger und unbedingter Verant-
wortlichkeit einen Bericht zu erstatten, der an den
Reichstag geht, mit dem Antrag, die Reichsregierung wegen
der Reichshaushaltsrechnung zu entlasten.

Vor wenigen Jahren benötigte der Rechnungshof nach
Abschluß des Haushaltsjahres noch 47 Monate zur Erstattung
seines Berichts. Sein Bericht zur Reichshaushaltsrechnung
1928 ist knapp 19 Monate nach Ablauf des Haushaltsjahres
dem Reichstag vorgelegt worden.

Für die Zukunft muß erreicht werden, daß die
Denkschriften des Rechnungshofes zu den Haushaltsrechnungen
ohne Nachträge so rechtzeitig dem Reichstag zugehen, daß
ihm und insbesondere seinem 5. Ausschuss (Reichshaushalt)
ein logischer und reibungsloser Kreislauf der Haushalts-
beratung und parlamentarischen Rechnungsprüfung
möglich wird. Dieser Zustand wird dann erreicht sein, wenn
alljährlich die Denkschrift des Rechnungshofes über die Haus-
haltsrechnung des vorvergangenen Jahres so bald zur
Beratung vorliegen, daß sich im 5. Ausschuss (Reichshaushalt)
und seinem Rechnungsunterschiedsausschuss die parlamentarische
Prüfung der Haushaltsrechnung des abgelaufenen
Rechnungsjahres organisieren angeschlossen kann. Dann muß noch
so viel Raum für die Erörterung über diese Rechnungs-
prüfung im 5. Ausschuss (Reichshaushalt) bleiben, daß dieser
sie vornehmen kann, ehe er mit der Beratung des nächst-
jährigen Haushaltsplanes beginnt.

Diesem Ziele konnte bis jetzt wesentlich nähergekommen
werden, als noch vor wenigen Jahren auch nur zu hoffen war.

Die jüngste Denkschrift des Rechnungs-
hofes zerfällt in zwei Teile. In einer allgemeinen
grundsätzlichen Gesamtbetrachtung wird ge-
zeigt, daß die bisherigen Jahresabschlüsse des Deutschen
Reiches immer noch zu günstig waren, weil auch die schweben-
den Schulden des Reiches als haushaltsmäßige Deckungs-
mittel betrachtet wurden, während doch eine wirkliche Deckung
aller Ausgaben erst dann erreicht ist, wenn die schwebenden
Schulden entweder getilgt oder in langfristige Anleihen um-
gewandelt worden sind.

In der Einzelberichterstattung über seine
Prüfungstätigkeit führt der Rechnungshof tief in die
Mängel der heutigen Geldbewirtschaftung
durch die Behörden hinein. Für den Leser der Denkschrift
ist das ein Spaziergang durch alle Ressorts, bei dem es
ihm ständig unbehaglicher zumute wird.

Da hat das Reichsgesundheitsamt aus dem
Weinsteuerauskommen Mittel zur Ausführung wissenschaft-
licher Untersuchungen zur Verfügung gestellt bekommen.
Zwanzig Flaschen Wein waren dazu nötig, aber beschafft
wurden vierhundert 26er Graacher Himmelsreich. Bei den

vom Reichsarbeitsministerium gegebenen umfangreichen und laufenden Siedlungskrediten ist gegenüber vielen Siedlungsgesellschaften mit dem Reichsgeld nicht ausreichend sorgfältig verfahren worden. Bei der Beschaffung der orthopädischen Hilfsmittel für die Kriegsveteranen wurde durch eine Nachprüfung der von den Orthopädiemechanikern und den orthopädischen Schuhmachermeistern geforderten Preise eine dauernde jährliche Minderungsabgabe von mehr als 1,2 Millionen Mark erreicht.

Bei der Reichswehr wurde festgestellt, daß verschiedene wieder verwendete pensionierte Offiziere ihr Gehalt bekomen, ohne daß die Pension ihnen angedreht wurde. Auch hier ist durch das Eingreifen des Rechnungshofes eine grundsätzliche Menderung eingetreten. In einem Falle ist veranlaßt worden, daß zwei Offiziere, die durch Unachtsamkeit erhebliche Unterschlagungen bei einer Eskadronkasse nicht verhindert, jetzt monatlich 50 M. vom Gehalt bis zur Deckung der Unterschlagung abgezogen erhalten. Bei den Militärbehörden ist man immer mehr dazu übergegangen, die Kasernen usw. durch Zivilpersonen (Wach- und Schließgesellschaften) bewachen zu lassen. Das kostet jetzt jährlich über 875 000 M. Hier verlangt der Rechnungshof beschleunigte Menderung.

Besonders viel bedenkliche Mängel in der Bewirtschaftung des Reichsgeldes werden bei der Verwaltung der Reichswasserstraßen gefunden. In allzu vielen Fällen werden bei den Wasserbauämtern die notwendigen Beschaffungen ohne Ausschreibung vorgenommen. Ein Wasserbauamt hatte seinen gesamten Bedarf an Metallwaren im Wege vieler kleiner Bestellungen, aber im Gesamtumfang von rund 70 000 M. im Jahr von zwei ortsanfälligen Händlern freihändig bezogen. Als der Rechnungshof von den Händlern einen angemessenen Preisnachlaß forderte, gingen beide sofort darauf ein! Ein Wasserbauamt hat durch lange Jahre hindurch große Zementlieferungsverträge über 100 000 Tonnen auf die Art abgeschlossen, daß es dem Unternehmer den größten Teil des Geldes für seine Lieferungen im voraus zahlte.

Bei den Landesfinanzämtern ist es üblich geworden, daß deren Leiter sich mehr oder weniger kostspielige Einrichtungen für ihre Zimmer, für Sitzungsräume usw. leisten. Häufig sind nicht nur die notwendigen Nachschlagewerke, sondern auch Bücher beschafft worden, die für den Dienst überhaupt nicht in Betracht kamen, zum Beispiel Bücher unterhaltenden Inhalts. Ein Finanzamtspräsident hat sich noch ein halbes Jahr vor seinem Abgang infolge Erreichung der Altersgrenze mit vielen Unkosten eine Dienstwohnung einrichten lassen und bezogen, um dann wieder ausziehen. In einem anderen Falle ist ein großes Finanzamt in einem Gebäude untergebracht, das einem Lande gehört, von diesem aber an einen Unternehmer zur Vermietung gegen Pacht überlassen wurde. Der Pächter dieses landeseigenen Gebäudes hat die Räume an 30 Untermieter weitervermietet. Das Reich und das Land — dem das Grundstück gehört! — zahlen insgesamt an diesen Pächter aber schon so viel Miete (160 000 M.), wie er selbst an das Land als Pacht zu leisten hat. Der Unternehmer holt also bereits aus zwei von dreißig Mietern den ganzen von ihm zu zahlenden Pachtzins heraus! Der Vertrag läuft leider noch bis 1933.

Die Reichsfinanzverwaltung hat zum Teil Wohnungen für Beamte gebaut, die auch verwöhnten Ansprüchen gerecht werden. Selbstverständlich können die Beamten in diesen Wohnungen nicht die an sich dafür berechtigende Miete zahlen. Die Konsequenz ist, daß das Reich ein dauerndes Verlustgeschäft laufen hat. Das gilt überdies für so manche andere Beamtenwohnungen ebenfalls, die von den Ministerien gebaut wurden.

Der Rechnungshof weist nach, daß das zahlenmäßige Ergebnis seiner Prüfungstätigkeit für 1928 einmalige Ersparnisse und Mehreinkommen in Höhe von 2 Millionen Mark und fortlaufend in Höhe von 2,1 Millionen Mark beträgt. Dazu kommen noch 7,3 Millionen Mark als einmalige Einnahme, die von Reichsbehörden zu viel ausgezahlt oder von ihnen zu wenig erhoben worden waren. Neben dem zahlenmäßigen Ergebnis steht selbstverständlich noch die sachliche Auswirkung der Prüfungen, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es nicht, das festzustellen, was in der Reichsverwaltung gut und in Ordnung ist. Es gilt, die Mängel in der Verwaltung und Berausgabung des Reichsgeldes aufzudecken. Das geschieht erfreulicherweise in zunehmendem Maße. Damit wird wieder der Finger auf eine offene Wunde gelegt. Es zeigt sich nämlich, daß allzu häufig Interessenten versetzen, unberechtigterweise an Reichskassen heranzukommen, und daß es so manchem Beamten nicht gegeben ist, mit der nötigen Rührigkeit und Sicherheit über die Ausgaben des Deutschen Reiches mitzubestimmen.

Mag die Zahl dieser in ihrem Können unzureichenden Beamten im Vergleich zu denjenigen vielen Tausenden von Beamten, die musterhaftig ihre Arbeit leisten, auch noch so gering sein, der moralische und sachliche Schaden, der dem Deutschen Reiche dadurch erwächst, bleibt doch so groß, daß er ausgemerzt werden muß. Die Rechnungsprüfung ist dazu ein wirksames Mittel.

Die richtige Stelle.

Im Braunschweiger Landtag betonte der deutschnationale Finanzminister, die Verwaltung habe den Willen, an der richtigen Stelle zu sparen. Beim Etat des nationalsozialistischen Volksbildungsministers Franzen seien nicht weniger als 683 000 gespart worden.

Volksbildung — kann gespart werden. Je dümmere das Volk, um so besser für die Hakenkreuzler!

Generaldirektor Hitler.

Hitler hat seinen Privatautopark vermehrt. Er hat sich einen 1775 PS Mercedes-Benz zugelegt. In diesem Punkte ist er Goebbels endgültig über.

Kostenpunkt: 44 600 Mark. Zahlt Hoffen?

Hitler hat Sorgen.

Gegensatz zur Reichstagsfraktion. — Er sieht trübe in die Zukunft.

Aus der Fraktionsführung der NSDAP am 10. Februar d. J. in der bekanntlich der Egoismus der Nationalsozialisten aus der Reichstags beschloffen worden ist, erfahren wir von bestunterrichteter Seite noch folgende Einzelheiten, die interessante Rückschlüsse gestatten auf die verworrenen Verhältnisse im Hitler-Lager und die Hintergründe der letzten Proklamation Hitlers an die ihm entgegenstehende Partei.

„Die Fraktion hatte am 10. Februar mit Einstimmigkeit nicht nur den Ausmarsch aus dem Reichstag beschlossen, sondern gleichzeitig den Erlaß eines von Hitler zu unterzeichnenden „Manifestes an das deutsche Volk“ und den Aufruf zum Zutritt des „Parlaments der nationalen Opposition“ in Weimar. In diesem Manifest sollte dargelegt werden, daß „auf parlamentarischem Wege eine Rettung des deutschen Volkes nicht mehr möglich“ wäre und daß das deutsche Volk sich deshalb nicht mehr in Richtung auf Berlin orientieren, sondern nach Weimar blicken solle, wo die „Vertreter des nationalen Deutschland im hohen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit über die Zukunft beschließen“ werden.

Der Reichstagsabgeordnete Rosenberg (Chefredakteur des „Völkischen Beobachter“) wurde von der Fraktion beauftragt, diese Beschlüsse Herrn Hitler, der es auf telephonischen Anruf abgelehnt hatte, sofort nach Berlin zu kommen, zu unterbreiten. Rosenberg

begab sich unverzüglich nach Berchtesgaden, verzichtete jedoch die Genehmigung Hitlers für die Pläne der Fraktion nicht zu erlangen. Sowohl den Gedanken des Manifestes, als auch insbesondere den Plan der Einberufung eines Rumpiparlaments nach Weimar lehnte Hitler strikte ab mit der Begründung, daß er hierdurch in Konflikt kommen müsse mit der Staatsgewalt; es müsse „sich alles unterbleiben, was der Gegenseite auch nur den geringsten Schein eines Anlasses geben könne, seine und der NSDAP, unbefugte Begünstigung, die er in Leipzig beschworen habe, in Zweifel zu ziehen.“ Im übrigen sei ihm bekannt, daß man sowohl in Berlin, als auch — was ihn persönlich am meisten bedrücke — in München nur auf eine Gelegenheit warte, die NSDAP zu verbieten, ihn selber aber aus Deutschland auszuweisen; nach Oesterreich könne er nicht und von Italien aus wäre er außerstande, die Bewegung zu leiten. Schließlich beschäftigte ihn der Vorstoß des katholischen Klerus in Süddeutschland gegen die Nationalsozialisten erheblich mehr als das, was zur Zeit in Berlin geschieht.

Nach wie vor gilt, daß die Nationalsozialisten und ihre Reichstagsfraktion ratlos sind und abwarten, was die anderen tun. In den Kreisen der Mitglieder jedoch steigt die Unzufriedenheit darüber, daß der Scheiternsrevolutionären Beste vom 10. Februar keine revolutionären Taten zu folgen scheinen.“

Heute wieder Reichstag.

Die Etatsberatung geht weiter. — Ältestenausschuß und Schwänzer.

Der Reichstag tritt heute um 3 Uhr wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Verkehrsministeriums.

Der Ältestenausschuß tritt bereits um 11 Uhr zusammen. Er wird sich mit der Frage der Wiedereinführung des Untersuchungsausschusses für die Kriegsschuldfrage beschäftigen, den Geschäftsplan des Reichstages für die nächste Zeit festlegen und außerdem auf Anregung des staatsparteilichen Abgeordneten Dr. Weber die durch den Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen strittig gewordene Frage untersuchen, ob die ausgezogenen Abgeordneten ohne Urlaubsgesuche dem Reichstag fernbleiben können und ob sie nicht damit ihre Pflichten als Abgeordnete vernachlässigen. Dr. Weber hatte feinerzeit in einer Vollsitzung auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung aufmerksam gemacht, wonach die Abgeordneten verpflichtet sind, an den Arbeiten des Reichstages teilzunehmen und wonach ferner der Reichstag wohl Urlaubsgesuche für längere Zeit, nicht aber auf unbestimmte Zeit erteilen könne. Bisher haben weder Nationalsozialisten noch Deutschnationale um Urlaub nachgesucht.

Einheitsfronttaktik.

Ein kommunistisches Manöver gegen das Reichsbanner.

Die kommunistische Presse veröffentlicht eine Aufforderung eines sogenannten „Aktionsausschusses gegen den Faschismus“ an alle Kommunisten, sich an dem Aufmarsch des Berliner Reichsbanners im Lustgarten zu beteiligen. Dieser sogenannte Aktionsausschuß ist natürlich eine kommunistische Nebenstelle.

Man macht wieder einmal in „Einheitsfront“ — im gleichen Atemzuge aber beschimpft man das Reichsbanner und seine Führer! Das Reichsbanner hat heretisch mehrfach gezeigt, daß es für diese Form kommunistischer Propaganda gänzlich unzugänglich ist.

Der Versuch der Kommunisten, sich in die Lustgartenkundgebung einzudringen wird täglich scheitern. Die kommunistische Zumutung an das Reichsbanner aber, diese Kundgebung gegen die Feinde der Republik zu einer Demonstration gegen die preussische Polizei zu machen, ruft ein donnerndes Gelächter bei allen Reichsbannerkameraden hervor!

Ein Hugenberg-Klatschweib.

Die nationale Hintertreppe.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Fabrikant Bider hat in einer deutschnationalen Versammlung in Stuttgart seine und seiner Freunde besondere Auffassung der Ehrenhaftigkeit in folgenden Sätzen enthüllt:

„Ich könnte mir vorstellen, daß Reichsbanner und Schutzpolizei in Preußen bereits zu einem Heereskörper verbunden sind, ich könnte mir vorstellen, daß Tausende von Reichsbanneruniformen bereit liegen, und daß bei den entscheidenden Kämpfen dieses republikanische Heer die Reichswehr in Schutz zu halten imstande wäre. Ich könnte mir noch mehr vorstellen. Man ist mit Frankreich in diesen Jahren ja sehr intim geworden, ich könnte mir also denken, daß die derzeitigen Reichsbanner unter Führung von einem Breitscheid sich mit Frankreich so gut stehen könnten, daß im Falle innerer Unruhen Frankreich „zum Schutze des Young-Planes“ gegen die nationale Bewegung in Deutschland einmarschieren könnte. Ich behaupte nichts, ich weiß nichts, aber ich könnte mir das vorstellen.“

Er könnte sich das alles vorstellen — aber er ist zu feige, zu feinen erbärmlichen Verkündungen zu stehen! So lästern Klatschweiber, die auf der Treppe einander zuzüßern: Ich weiß ja nichts und will auch nichts gesagt haben, aber...!

Ein feiner Mann, ein echt deutschnationaler Mann!

Stadt Essen borgt bei Arbeitern!

Zwangsaneleihepläne einer Stadtverwaltung.

Essen, 18. Februar.

Die sich immer stärker auswirkende Wirtschaftskrise macht sich auch bei den Essener Finanzen bemerkbar. Zur teilweisen Deckung des Defizits beabsichtigt die Verwaltung, bei den Beamten, An-

gestellten und Arbeitern eine Anleihe dergestalt aufzunehmen, daß von den Gehaltsbezügen eine bestimmte Summe einbehalten werden soll, die, zu einem entsprechenden Satz verzinst, zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgezahlt werden soll. Härten sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Zur Bewirtlichung dieses Schrittes möchte erst die Zustimmung der maßgebenden Stellen eingeholt werden. Bei einem Abzug von 5 Proz. kommt eine Anleihe von etwa 1,85 Millionen Mark in Betracht.

Schöne Arbeitervertreter!

Kommunisten sabotieren die Arbeitsgerichte.

Bei den Abstimmungen zum Justizetat im preussischen Haushaltsausschuß ereignete sich am Mittwoch ein Zwischenfall, der wieder einmal zeigt, mit welcher Leichtfertigkeit die Kommunisten die von der Arbeiterklasse im jahrzehntelangen Kampfe eroberten und festgehaltenen Positionen preisgeben. Zur Abstimmung stand ein Antrag der Wirtschaftspartei, der die Zulassung der Rechtsanwältinnen bei den Arbeitsgerichten verlangt. Derartige Anträge pflegten von bürgerlicher Seite auch in früheren Jahren regelmäßig gestellt und ebenso regelmäßig abgelehnt zu werden. In diesem Jahr aber fand der Antrag zur allgemeinen Ueberraschung eine Mehrheit — denn die Kommunisten stimmten für die Zulassung der Rechtsanwältinnen.

Nach dem Willen der Kommunisten wird es also künftig sein, daß dem seinen Lohn fordernden Arbeiter künftig der mit allen Wassern gewaschene Mokolot seinem Unternehmer entgegentritt, der den Prozeß in die Länge zieht, mit juristischen Kniffen den Arbeiter ermüdet, saumsio oft vertagen läßt (wenn ein Anwalt erklärt, durch andere Sachen verhindert zu sein, wird nämlich immer vertagt), bis der Arbeiter zermürbt ist. Verlust der Arbeiter infolge der juristischen Uebertreibungen des Unternehmeradoofaten den Prozeß, so darf er künftig auch noch die Kosten für den Rechtsanwalt des Unternehmers ausbringen. Alles nach dem Willen der kommunistischen „Arbeitervertreter“. — Bisher war der Arbeiter, der sich durch seine Organisation kostenlos vertreten lassen konnte, vor Gericht nicht schlechter gestellt als der Unternehmer. Der Haß der Kommunisten gegen die „Gewerkschaftsbonzen“ droht jetzt diesen Zustand zuungunsten der Arbeiter zu beenden!

Im Plenum wird die Sozialdemokratie über diesen Antrag namentliche Abstimmung verlangen. Es soll den kommunistischen Unternehmern und Rechtsanwaltsfreunden nicht erspart bleiben, vor der Arbeiterchaft persönlich Farbe zu bekennen. Genosse Henkemann hatte recht, als er die Etatsrede des kommunistischen Rechtsanwalts Abg. Obuch mit den Worten charakterisierte: „Herr Obuch hat hier den Klassenkampf für die Rechtsanwältinnen geführt...!“

Der Galgen hat sein Opfer!

Entflohen, gefangen, hingerichtet.

Konstantinopel, 18. Februar.

Der im Zusammenhang mit den Vorgängen in Renemen zum Tode verurteilte Derwisch Hussein, der am Tage der Hinrichtung seiner Mitschuldigen entflohen war und gestern wieder verhaftet wurde, ist heute früh bei Tagesanbruch durch den Strang hingerichtet worden.

Der Filmschauspieler Wolheim gestorben. Wie aus Hollywood gemeldet wird, ist der bekannte Filmschauspieler Louis Wolheim gestorben. Sein charakteristisches Gesicht, das an die antike Statue des Mannes mit der eingeschlagenen Nase erinnert, ist uns aus vielen Filmen bekannt. Seine letzte große Rolle war die des Soldaten Katozinski, des rauhen, aber herzenguten Kerls in dem Film „Im Westen nichts Neues“. Die Insassen der deutschen Kinderläden dürfen diesen Film bekanntlich nicht sehen, weil es ihren guten Ruf im Ausland gefährdet — in demselben Ausland, das diesen Film sehr genau kennt, ohne daß das deutsche Ansehen darunter gelitten hätte.

Der Bruderkrieg in Mazedonien beendet. Der Bruderkrieg zwischen den Mazedoniern ist nach 2½-jähriger Dauer mit über 100 Todesopfern beendet worden. Die Arbeiten eines neutralen Ausschusses für eine Ausöhnung wurden abgeschlossen, nachdem der Bruder des Protogerowisten, Petruschew, erklärt hatte, daß die Protogerowisten den Kampf aufgeben und die Gruppen sich auflösen würden. Im Hauptquartier der Jure in Mazedonien wurden gleichzeitig zwischen Michailow und dem dorthin entführten Führer der Protogerowisten, Popchirifoff, Verhandlungen geführt, die ebenfalls mit der Erklärung der Waffenstreckung durch die Protogerowisten endeten. Der Friedensschluß umfaßt auch eine Amnestie für die Unterworfenen, denen die Freiheit und das Leben als Privatleute gewährleistet wird. Dem Abkommen Zuwiderhandelnde werden als gemeine Verbrecher betrachtet.

Verleumder wider besseres Wissen.

Dr. Deerborg enthüllt das Treiben des Verleumders Moritz

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Deerborg, Senatspräsident am Kammergericht, hat der „Vossischen Zeitung“ folgende Darstellung über seine Ablehnung des Verleumdertbuches des Moritz-Zarnow gegeben:

Am 27. Oktober vorigen Jahres rief Moritz-Zarnow bei mir an und machte mir von seinem Buch „Die gefesselte Justiz“, an dem er schrieb, Mitteilung. Er äußerte dabei: „Sie haben mir die Abfassung des Buches sehr erschwert, denn in den Untersuchungsausschüssen haben Sie mir sozusagen die Waffen aus der Hand geschlagen, weil Sie sich schügend vor die preussische Justizverwaltung und besonders vor den damaligen Staatssekretär im preussischen Justizministerium, Friße, gestellt haben.“ Ich habe ihm am Telefon geantwortet, daß ich das für meine Pflicht als preussischer amtierender Richter gehalten habe. Zarnow sagte mir nun, daß er das Buch fertig habe und daß er mir einige Auszüge zusenden werde. Ich hatte sogleich das Gefühl, der Mann will sich decken; falls er strafrechtlich verfolgt wird, will er sich auf mich berufen. Das Gefühl war, wie die Erfahrung gelehrt hat, voll berechtigt, denn er hat sich ja ebenso an den früheren Reichsgerichtspräsidenten und an den Reichsgerichtsrat Müller gewandt. Am nächsten Tage — 28. Oktober — erhielt ich die gedruckten Auszüge, und ich schrieb ihm darauf sofort folgenden Brief:

An der Anlage füge ich die mir übersandten Schriftstücke wieder bei. Sie werden verstehen, wenn ich mir als amtierender Richter die gebotene Zurückhaltung auferlege. Wenn Sie Ihrem Erstaunen über meine damalige Landtagsrede Ausdruck geben, so darf ich folgendes hinzufügen: Ich hatte nach eingehender Prüfung des Materials die Feststellung treffen müssen, daß viele Angriffe auf die Justiz unhaltbar waren. Aus diesem Grunde fühlte ich mich als gewissenhafter Parlamentarier verpflichtet, dieser Tatsache Ausdruck zu geben.

Am 29. Oktober hat Moritz-Zarnow wieder bei mir angerufen. Da ich nicht zu Hause war, rief ich ihn später selbst an und ging noch einmal telefonisch im Beisein von Zeugen auf die einzelnen Beschuldigungen ein, die ich wieder als nicht zutreffend erklärte.

Besonders nahm ich die Person des Staatssekretärs Friße, eines Mannes, der 50 Jahre ehrenvollen Beamtenendienstes hinter sich hatte, Moritz gegenüber in Schutz. Ich teilte noch mit, daß ich im Justizministerium selbst alle Akten nachgeprüft habe und immer nur feststellen konnte, daß das Justizministerium korrekt verfahren ist und nie unrechtmäßig in schwebende politische Verfahren eingegriffen hat.

Hier ist ein Richter, der nach dem Grundgesetz verfahren ist, daß der Wahrheit die Ehre gebührt. Die Darstellung Dr. Deerborgs ist wichtig noch aus einem anderen Grunde. Sie beweist, daß Moritz wider besseres Wissen verleumdet hat.

Trotz der Erklärungen des preussischen Justizministers haben sich weder Reichsgerichtspräsident a. D. Simons noch Reichsgerichtsrat Müller erklärt, sie bilden nach wie vor die Aushängeschilder, mit denen die deutschnationalsozialistische Verleumderttruppe hausieren geht, die das Moritzsche Buch losgelassen hat.

Herr Deerborg hat sich den Haß der Verleumder zugezogen. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit, daß sich die deutschnationale Landtagsfraktion am Montag mit der Angelegenheit befassen werde. Wir sind sehr gespannt, ob sie etwas gegen einen ihrer Parteifreunde unternehmen wird, der es ablehnte, mit zu verleumden!

Lords gegen Schulvorlage.

Gegen Arbeiterpartei und Bischöfe abgelehnt.

London, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Das englische Oberhaus hat am Mittwoch das vom Unterhaus angenommene neue Schulgesetz mit 168 gegen 22 Stimmen abgelehnt, obwohl sich vor allem die Bischöfe aus erzieherischen Gründen sehr energisch für das Gesetz eingesetzt hatten. Besonders die Erhöhung des schulpflichtigen Alters war von den Kirchenvertretern sehr begrüßt worden.

Mit dem Beschluß des Oberhauses ist der Regierung von den Lords wieder ein schwerer Knüttel zwischen die Beine geworfen worden. Ueberhaupt zeigt der Vorgang, wie eng begrenzt die Macht eines Arbeiterkabinetts ist, wenn es im Unterhaus keine zum Kampf gegen das Oberhaus entschlossene Mehrheit besitzt.

Im Unterhaus begann am Mittwochmorgen die zweite Lesung über die Kreditvorlage von 20 Millionen Pfund zur Erhöhung des Arbeitslosenfonds.

Snowdens Weg: Erbschaftssteuern.

London, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Die Rede Snowdens in der Diensttagssitzung der Fraktion der Labour Party war eine Enttäuschung für alle Gegner des Finanzministers. Die bürgerliche Presse ist nach der teilweise vollständig falschen Auslegung der Unterhausrede Snowdens sehr kleinlaut geworden. Snowden als Kronzeuge für den Abbau der Löhne und der Arbeitslosenunterstützung, diese Freude ist im bürgerlichen Lager dahin.

Die ausländischen Telegraphenbüros hatten die Unterhausrede des Finanzministers noch mehr entstellt, als es selbst der konservativen Presse Englands möglich gewesen ist. Hoffentlich sieht jetzt auch das Ausland, daß die englische Regierung in Dr. Eisenbarths Rezepten, wie Lohnverminderung und Abbau der sozialen Fürsorge, kein Heilmittel für die wirtschaftliche Genesung erkennen kann. Mit Resignation erklärt deshalb am Mittwoch die bürgerliche Presse Englands, Snowden denke also auch an neue Steuern zum Ausgleich des zwischen 40 und 50 Millionen Pfund Sterling betragenden Defizits. Da er die Industrie nicht neu belasten wolle, blieben nur weitere Erhöhungen der Abgaben von den großen Vermögern und eine Erweiterung der Erbschaftsteuer übrig. Das deckt sich in der Tat mit den Worten des Finanzministers, als er im Unterhaus erklärte, es seien die stärksten Schultern, denen selbstverständlich die meisten Lasten auferlegt werden müßten. Enttäuscht über Snowden sind aber auch seine prinzipiellen Gegner innerhalb der Labour Party: die unabhängige Arbeiterpartei und die Mosley-Gruppe. Auch ihnen hat die Rede Snowdens den Wind aus den Segeln genommen.

Die erdrückende Mehrheit der Fraktion war mit Snowdens Erklärungen zufrieden, so daß der Antrag, die Diskussion zu einer zweiten Fraktionssitzung fortzusetzen, abgelehnt wurde. Es bleibt dem Fraktionsvorsitzenden überlassen, die Finanzfrage und das Arbeitslosenproblem an einem der nächsten Tage noch einmal zur Debatte zu stellen.

Spanien.



Alfonso versucht, sich auf Bajonette zu setzen.

Lebensgefährliche Zollpolitik.

Ein Agrarprogramm gegen die Volkswirtschaft.

Die Forderungen der grünen Front, die in großem Umfange der Reichsernährungsminister Schiele sich zu eigen gemacht hat und die im Reichskabinett jetzt beraten werden, zeigen ein kaum noch zu überbietendes Maß von Verantwortungslosigkeit gegenüber den Interessen der deutschen Gesamtwirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger als die Aufkündigung der wichtigsten Handelsverträge mit unseren größten Kundenländern. Die unermessliche Folge dieser Maßnahmen wäre die stärkste Gefährdung und Beeinträchtigung des deutschen Exports und eine unabsehbare Verschärfung der Arbeitslosigkeit in allen deutschen Exportindustrien.

In einer Zeit des Rohstoffmangels, der stärksten Einschränkung der Rassenkraft und der furchtbaren Massennot sollen die Zölle auf wichtigste Agrarerzeugnisse und Lebensmittel wie

Wolle, Fleisch, Butter, Käse, Obst und Gemüse, sowie Süßfrüchte

erhöht werden, wodurch eine fühlbare Verteuerung der Lebenshaltung eintritt. Darüber hinaus wird eine Erhöhung des Zolls für Holz (im Zeichen der Bautistenfanzung!) verlangt. Die Ermächtigung für die Handhabung der Getreidezölle soll nach dem Wunsch des Reichsernährungsministers weiter verlängert werden, darüber hinaus das Gleitollsystem auch auf andere wichtige Agrarprodukte ausgedehnt werden, und die Ausfuhrprämien sollen in einer Periode der stärksten Verrückung der Rohstoffmärkte nicht etwa abgebaut, sondern auf Holz, u. a. m. ausgebaut werden.

Diese maßlosen Forderungen der grünen Front und die Zollpläne Schieles stoßen auch in den bürgerlichen Parteien und in der Industrie auf stärksten Protest, die endlich erkannt haben, was für sie auf dem Spiele steht. In den letzten Wochen sind der Reichsverband der Industrie, der Industrie- und Handelsrat, die sächsische Industrie, die Niederdeutsche Handelskammer usw. mit Entschiedenheit gegen die Fortsetzung einer maßlosen agrarischen Zollerrückungspolitik und gegen den Kurzwendel in der Handelspolitik aufgetreten. Die Pläne Schieles haben auch das Reichswirtschaftsministerium auf den Plan gerufen, das geradezu in SOS-Rufen den beteiligten Reichsministerien die drohenden Gefahren vor Augen geführt und festgestellt hat, daß eine Verwirklichung der Schiele'schen Pläne die schwerste Schädigung unserer Industriewirtschaft zur Folge haben muß.

Konflikte mit aller Welt!

Die Erhöhung der Zölle für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte, die weitere Heraufsetzung des Butterzolls, die Zollerrückung für Käse, für Woll- und Fleisch, deren Zölle in zahlreichen Handelsverträgen gebunden sind, würden die schwersten Konflikte mit Dänemark, Schweden, Finnland und den Randstaaten hervorrufen. Die Lösung der Zollbindungen für Gemüse und Obst, die Weiterverfolgung der Pläne auf Einführung eines Süßfruchtmonopols wird unermesslich Gegenmaßnahmen Italiens, Spaniens und auch Frankreichs nach sich ziehen.

Bezeichnend für den verhängnisvollen Kurs, zu dem die deutsche Handelspolitik durch die agrarischen Forderungen getrieben wird, ist die Forderung auf die Erhöhung des Schnittholzzolls; es ist noch nicht acht Tage her, daß ein geringer Abschlag der Holzölle durch Inkrafttreten des deutsch-österreichischen Handelsvertrages wirksam geworden ist. Eine Erhöhung der Holzölle, dazu Ausfuhrprämien für Holz, würde die Länder mit großem eigenem Holzüberschuß zu Gegen- und Abwehrmaßnahmen treiben.

Ueberblickt man das gesamte Programm, so muß man feststellen, daß fast der ganze Kreis der europäischen Handelsbeziehungen durch die geforderte Aufhebung der Zollbindungen und die Zollerrückungspläne in Mitleidenschaft gezogen würde. Die Länder, die durch die geplanten Maßnahmen auf agrarpolitischen und zollpolitischen Gebieten unmittelbar betroffen würden, nahmen im letzten Jahre etwa für 6 1/2 Milliarden Mark deutsche Ausfuhrwaren auf. Das bedeutet, daß

mehr als 1 1/2 Millionen Arbeiter

mittelbar oder unmittelbar durch diese Exportmöglichkeiten Beschäftigung gefunden hatten und jetzt in ihrer Existenz bedroht werden. Die europäischen Absatzgebiete, deren Befriedigungsmöglichkeit bei

Bewirkung der Pläne Schieles und der grünen Front sich wesentlich verschlechtern würden, nehmen etwa zwei Drittel des gesamten deutsch-europäischen Warenexports auf. Der deutsche Außenhandel ist mit diesen Absatzgebieten mit etwa 2 1/2 Milliarden Mark affini!

Diese Länder werden keineswegs, wie die schon jetzt bei der deutschen Regierung eingeleiteten Proteste zeigen, eine weitere agrarische Aufrüstung und Abriegelung Deutschlands kampflos hinnehmen. Belgien und Holland haben bereits gemeinsam mit den nordischen Staaten einen handelspolitischen Block gebildet, der solidarisch gegen ein weiteres Zollaufrüsten auftreten würde. Die Boykottbewegung gegen deutsche Waren, die glücklicherweise abgeblendet war, müßte unermesslich neue Nahrung erhalten. Die internationalen europäischen Bemühungen, wenigstens eine Stabilisierung der Handelsverträge und der Zölle zu erreichen, würde damit

durch das deutsche Verhalten endgültig zum Scheitern gebracht sein.

obwohl Deutschland das allerstärkste Interesse an dessen Zustandekommen haben muß. Es muß geradezu für das Ausland unverständlich wirken, daß, nachdem nun endlich die Ratifizierung des Zollwaffenstillstandsabkommens den deutschen gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet wird, ein derartiges handelspolitisches Vernichtungsprogramm zur Erörterung gestellt wird.

Verbieten sich so die zoll- und handelspolitischen Forderungen des Reichsernährungsministers für jede vernünftige und verantwortungsbewusste Wirtschaftspolitik wegen der mit ihnen verbundenen Gefahren von selbst, so entbehren die Forderungen auch noch zu meist jeder inneren Berechtigung. Der agrarische Import ist im Jahre 1930 infolge der deutschen Zollerrückungen und Absperrungspolitik bereits um ein Sechstel zurückgegangen. Das Reichswirtschaftsministerium weist im einzelnen nach, daß z. B. die Einfuhr von Woll, Fleisch und Fetten um 20 bis 30 Proz. zurückgegangen ist, für Butter ist seit der Erhöhung des Butterzolls im November vorigen Jahres gleichfalls ein fühlbarer mengenmäßiger Rückgang eingetreten. Die Einfuhr an Gemüse, Obst und Süßfrüchten stellt zum erheblichen Teil eine notwendige Einfuhr dar. Selbst vom landwirtschaftlichen Standpunkt aus sind diese Forderungen und Pläne kein Weg zur Gesundung.

Wenn der deutschen Gesamtwirtschaft nicht unabsehbarer Schaden zugefügt werden soll, muß die Reichsregierung die Pläne grundsätzlich ablehnen. Auf diesem Wege wird der deutschen Wirtschaft nicht geholfen, sondern unermesslicher Schaden zugefügt.

Rauferei im Nationalrat.

Heimwehrabgeordnete greifen Sozialdemokraten an.

Wien, 18. Februar. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat kam es am Mittwoch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und den Heimwehrabgeordneten, der schließlich in eine Rauferei ausartete.

Als der steirische Sozialdemokrat Wallisch, der bei der Heimwehr sehr verhasst ist, weil er nach dem 15. Juli 1927 in Bruck den Schutzbund gegen die Angriffe der Heimwehrgewalt organisiert, das Wort zur Etatsdebatte nehmen wollte, drängten die Heimwehrabgeordneten gegen die Rednertribüne vor. Es schien, als ob sie Wallisch mit Gewalt von der Tribüne herunterholen wollten. Die Sozialdemokraten eilten sofort zum Schutze von Wallisch herbei, worauf die Heimwehler mit den Fäusten gegen sie losgingen. Ein Heimwehrabgeordneter verfehlte dem steirischen Sozialdemokraten Ebner einen Fußtritt und wollte ihm dann eine Ohrfeige geben. Die Folge war ein Handgemenge. Schließlich ergriff ein Heimwehlermann von der Ministerbank ein Lattenstück, um es auf die Sozialdemokraten zu schleudern. Der Handelsminister hinderte ihn jedoch daran, indem er ihm das „Schloß“ aus der Hand riß. In dem Lärm unterbrach der Präsident die Verhandlungen. In der neuen Sitzung sprach er sein Bedauern über den Vorfall aus. Dann konnte Wallisch seine Rede in Ruhe zu Ende führen.

Die neuen Blutopfer.

Zeugenvernehmungen in Röntgenal, aber noch keine Anhaltspunkte zur Feststellung der Täter.

Die Ermittlungen der Politischen Polizei des Berliner Polizeipräsidiums zur Klärung der nächtlichen Bluttat in Röntgenal gestalten sich besonders schwierig, da nur mangelhafte Anhaltspunkte für die mutmaßlichen Täter vorhanden sind. Die weiteren Nachforschungen sind Kriminalkommissar Dr. Braschwitz übertragen worden, der gestern bis in die späten Abendstunden hinein in Röntgenal weilte und zahlreiche Zeugenvernehmungen vornahm.

Radfahrer waren die Täter.

Wie bereits berichtet, sind von einem Einwohner, der gegenüber dem Lokal „Edelweiß“ wohnt, mehrere Radfahrer beobachtet worden, die nach den bisherigen Ermittlungen wohl auch als Täter in Frage kommen. Einer der Verdächtigen sei ziemlich dicht an das Lokal herangekommen und habe in gebückter Haltung mehrmals gekniet. Nach dem folgenden Ueberfall seien dann alle in Richtung Zepernick verschwunden. Der Schütze soll etwa 180 Meter groß gewesen sein; er trug Ballonmütze, Anlehnose mit Gamaschen und Windjacke. Diese Beschreibung paßt beinahe auf jedes zweite Mitglied einer Organisation und darum dürfte es nicht allzu leicht sein, auf die Spur des oder der Täter zu gelangen. Bisher kann nicht einmal mit Sicherheit gesagt werden, ob die Täter aus dem rechts- oder linksradikalsten Lager stammen. Obgleich der getötete Walter Artl sowie die beiden Verletzten Bohlmann und Schwelke politisch keiner Partei angehörten — auf jeden Fall handelt es sich um Republikaner —, steht es außer Zweifel, daß die Tat wiederum politisch verhehten radikalen Elementen zuzuschreiben ist. Vielleicht ist von den Haltenkreuzlern beobachtet worden, wie die kleine Gruppe, in der sich mehrere Sozialdemokraten befanden, das Lokal „Edelweiß“ betreten haben und sich an einem Tisch niederließen, an dem sie längere Zeit in outrender Unterhaltung verweilten. Vielleicht war das für die Banditen schon Grund genug, die fünf bis sechs Mann als unerwünschte Eindringlinge zu betrachten und ihnen „eins auszuwaschen“. Nach der anderen Seite wird vermutet, daß Linksradikale die Täter waren, die bei Ausführung des Mordes glaubten, Haltenkreuzler vor sich zu haben. Voller Klarheit wird erst die Untersuchung der Polizei ergeben, und es ist nur zu wünschen, daß es ihr recht bald gelingt, der Mordbanditen habhaft zu werden.

Im Besinden des schwerverletzten Oberpostkassiers Bohlmann, der im Bernauer Kreiskrankenhaus daniederliegt, ist zwar eine kleine Besserung zu verzeichnen, doch wird der Zustand noch wie vor als sehr ernst bezeichnet. Die Kugel, die den Mundboden durchschlugen hat, konnte gestern nachmittag auf operativem Wege entfernt werden. — Die Leiche des Walters Artl ist inzwischen von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden; wahrscheinlich schon heute wird die Obduktion erfolgen.

Todeschatten über Röntgenal.

Röntgenal ist in fieberhafter Erregung — wer sind die Schuldigen an dem schrecklichen Mordüberfall in der Mittwochnacht, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen —? Bei Reisel, in der Bahnhofstraße, wo man noch die Kugelspuren vom 5. März 1930 sehen kann, sitzen die Parteigenossen und Reichsbannerkameraden zusammen. Wie eine schwere Last liegt die blutige Nacht von Röntgenal auf diesen Männern. Im „Edelweiß“, in dem schon wieder

die Nazis dominieren, tippt man natürlich auf die Kommunisten. In den Wänden des Gastzimmers sitzen noch die Einschliffe. Die erste Schicht ist weggeplagt. Kalt rieselt zu Boden —. Und dort, jener behagliche Tisch unweit des Fensters sieht fast wie der Stammtreffpunkt der lokalen Honoratioren aus. Hier saßen die Ahnungslosen, als der Betrüger von draußen durch die Scheibe feuerte. Wie Schießscheiben im Heil der Gäste, während der Mordbube seine Armeepistole, Modell 08, zog. Am Boden sieht man die Spuren einer Bierlache —, im Folken hat der Waler Artl sein Glas umgeworfen, als ihn die Kugel in die Stirn traf. . . . Und das Unheimliche —: sie stießen gerade auf das Leben an, die Unglücklichen, als der Tod mitten unter sie trat.

Die Politische Polizei arbeitet fieberhaft. Zeugen werden vernommen, ihre Ausjagen an Ort und Stelle auf Glaubwürdigkeit und Bedäufion geprüft. Inzwischen kolportiert man Gerüchte, die, mit eigener Phantasiebeigabe verzerrt, logisch weitergegeten werden. In den Abendstunden erzählen sich die Leute vor den Häusern, man habe den Mörder gefasst. Einen Techniker angeblich. Zehn Minuten später weiß man, daß es nicht stimmt. Die Polizei folgt einer Fährte.

Die Dehtaler Straße in Röntgenal ist eine Straße des Todes geworden. Hier wohnten sie alle drei, — der getötete Artl, der schwer im sein Leben ringende Bohlmann und Schwelke, dem der Arm zerrissen wurde. — Die Familie trauert um ihren Ernährer. Frau Bohlmann weint Tag und Nacht am Krankenlager ihres Mannes. — Alle sind sie fassunglos, keiner versteht, wie diese stillen, niemals Handelnsuchenden Menschen das mörderische Blei des unbekanntes Schützen treffen konnte.

Und entsteht und empört lassen sie die Hände und fragen anfliegend: Wer, wa ist der Täter?

Die alte Lügenhege.

Nationalsozialistische Verleumdungstaktik.

Am 5. März 1930 veranstalteten vom Lokal „Edelweiß“ in Röntgenal aus mordlüsterne Haltenkreuzler einen hinterhältigen Feuerüberfall auf Republikaner und Reichsbannerleute. Man beschoß einen Laien und drei Berlesche. Die Haltenkreuzpresse wagte zu schreiben, daß diese Opfer auf das Konto der Republikaner zu setzen seien, die aufeinander geschossen hätten. Mit frecher Stirn bestritt man jede Schuld, bis die Untersuchung der Polizei das Gegenteil ergab und vom ordentlichen Gericht 13 Nationalsozialisten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todeserfolg und schwerem Wundtodesbruch unter Ablehnung einer Bewährungsfrist zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. In der Nacht vom 31. Dezember 1930 zum 1. Januar 1931 wurden unsere Genossen Schneider und Graj in der Hufelandstraße niedergemetzelt. Die nationalsozialistische Presse behauptete mit frecher Stirn, daß hieran keine Nationalsozialisten beteiligt seien, bis dann der von den Ortsgruppen der NSDAP. bis an die Grenze geschaffte Schütze Kotaj verhaftet und als Nationalsozialist festgestellt wurde. Auch von den anderen Wärdern der letzten Elbsesternacht ist festgestellt, daß sie Nationalsozialisten sind. Daraufhin behauptete man in nationalsozialistischen Kreisen, daß es sich um „Pronotaturs“ gehandelt haben müsse.

Am Dienstag sind in Röntgenal drei Gäste durch Schüsse im gleichen Restaurant „Edelweiß“ verletzt worden; einer von ihnen

ist gestorben. Es handelt sich um Menschen, die einen alten sozialdemokratischen Gewerkschaftler zur letzten Ruhe geleitet hatten. Die Opfer sind Republikaner oder politisch indifferent. Was sagt der „Angriff“ des Goebbels' dazu?

„Wieder roter Meuchelmord in Röntgenal. Wieder hot rotes Mordgesindel einen Feuerüberfall auf ein nationalsozialistisches Lokal verübt. Unsere Parteigenossen in Röntgenal werden seit Jahren von marxistischen Banden terrorisiert. Ueberfälle auf SA-Leute häufen sich von Tag zu Tag. Unvergessen ist der Reichsjammerüberfall auf mehrere Parteigenossen, die anherdem noch in die Gefängnisse geschickt wurden. . . . Als man auf die Straße stürzte, waren die roten Mörder bereits entflohen. Die neue marxistische Bluttat verliert auch von ihrer Scheußlichkeit und Gemeinheit nichts, weil sie die eigenen Leute traf stat; der vorgegebenen Nationalsozialisten.“

Man kennt diese Methode, man kennt diese Schande, man kennt diese verbrecherische Methode. Solange eine nationalsozialistische Bluttat nicht aufgekärt ist, schreibt man frech: „Es sind Marxisten, Sozialdemokraten gewesen!“ Ist sie aufgekärt, ist festgestellt, daß Nationalsozialisten die Täter waren, sagt man: „Das waren Pronotaturs, die mit der Partei nichts zu tun haben.“ Werden die Verbrecher verurteilt, dann schimpft man über die Justiz der Republik und erklärt nach einiger Zeit, daß die nationalsozialistischen Missetäter „außerdem noch in die Gefängnisse geschickt wurden“.

Als die Schandakten des Memmörbers Heines die Öffentlichkeit bewegten, schloß ihn die Hitlerpartei aus. Als er begnadigt war, schickte sie ihn in den Reichstag. Das ist Haltenkreuzmoral. Sie zeigt sich auch im neuen Falle Röntgenal.

Von Nazi niedergeschossen.

Kommunistische Kollirupps in der Bezirksversammlung Mitte

In der Bezirksversammlung Mitte, die bekanntlich im Berliner Rathaus tagt, kam es gestern bei einer Rede des kommunistischen Stadtverordneten Dröhl zu schweren Tumulten. Dröhl beschimpfte die Sozialdemokratie in ekelregender Weise. Die Tribünen verlangten daraufhin stürmisch das Abtreten des kommunistischen Redners. Der bürgerliche Vorfeserstellvertreter verfuhrte vergeblich, die Ruhe wieder herzustellen. Erst als Dröhl die Rednertribüne verlassen hatte, trat vorübergehend Ruhe ein. Nachdem die Sitzung wieder eröffnet war, wurde die Anweisung zur Räumung der Tribüne gegeben. Die Kommunisten, die ihre Kollirupps aus verschiedenen Stadtteilen zusammengezogen hatten, schlugen auf diese Anordnung mit Gummiknüppeln auf andere Tribünenbesucher ein und warfen zwei Reichsbannerleute auf die tiefer gelegene Pressetribüne. Nachdem sie selbst über die Brüstung auf die Pressetribüne gesprungen waren, versuchten sie, die beiden in den Sitzungsaal hinanzuzerren. Nur durch das Eingreifen der Kathausdiener und der Pressevertreter wurde die Ruhe wiederhergestellt und die Tribünen konnten geräumt werden.

Nach der Räumung der Tribünen spielte sich vor dem Rathaus in der Königstraße noch ein blutiger Vorfall ab. Ein Haltenkreuzler feuerte ohne jeden Grund auf Reichsbannerleute zahlreiche Schüsse ab und verletzte den zwanzig-



Papendied kommt mit einer fuhre Dünger von der Kreisstadt zurück. Es ist nicht die erste; Papendied wirft auf den Sand, was er an Dünger aufreiben kann, er läßt sich ein Vermögen kosten; in jedem Jahrgang betont der Landwirtschaftliche Ratgeber mehrmals, daß man an Düng nicht sparen soll; und Papendied besitzt fünfundsanzwanzig Jahrgänge. Heute ist er nicht allein mit seinen beiden prachtvollen, fetten Pferden; heute hat er zwei Weggenossen. Erstens die Frau von dem Maschle, der sich da nicht weit von ihm die Baracke gebaut hat; zweitens eine Kuh. Die Kuh hat er eben in Kuppitt auf dem Viehmarkt gekauft; die Frau von der Bahn mitzubringen, hat ihn der Maschle gebeten. Eigentlich komisch von dem Mann, seine Frau nicht selbst abzuholen; wahrscheinlich aber will er ihr die Baracke noch ein bißchen gemütlicher machen, in aller Eile. Nun sitzt das Frauchen neben ihm, zitternd vor Frost, in einen ziemlich eleganten Mantel gehüllt und trotzdem häßlich anzusehen: denn sie hat einen Buckel, einen richtigen Buckel. Die Schultern liegen in der Höhe der Ohren; so tief sitzt der blasse, schmale Kopf dazwischen. Wie man nur eine Frau mit einem Buckel heiraten kann? Und Papendied fragt: „Sind Sie schon lange verheiratet?“ „Nein“, sagt sie mit grüßenhaft zürriger Stimme, „erst ein paar Wochen.“ Papendied, der feilsch auf Klumpfüßen geht, fragt seine Vermutung rücksichtslos heraus: „Dann hat ihr Mann die Baracke wohl von der Mitgift gebaut?“ „Jawohl“, gibt die Grille zu, es klingt schmerzlich; nicht aber wegen des Wortes „Mitgift“, das hat sie ganz überhört, sondern wegen der „Baracke“, gewiß hat der große ekelhafte Mann da neben ihr einen Wig gemacht; gewiß hat Paul ein Haus gebaut, nicht eine Baracke. Wenn man weiß, wie schwer dreitausend Mark zusammenzusparen sind für eine hübsche kleine Schneiderin, dann weiß man auch, ein wie schönes Haus davon zu bauen sein muß. Und nun geht sie doch auf die Mitgiftgeschichte ein:

„Mitgift habe ich keine, ich habe mir alles zusammengepart; ich schneidere nämlich.“ „Alle Achtung“, sagt Papendied; „sehen Sie, das habe ich auch gemacht. Gelpart, meine ich. Auch was ererbt, natürlich, von meiner Seligen, versteht sich. Die Hebung der Volkswohlfahrt ist in hohem Maße vom Spartbetrieb des einzelnen Staatsbürgers abhängig.“ Daß sie selbstvoll schweigt, gefällt ihm; er ist voll Wohlwollen: „Wenn Sie schneiden, wird sich meine Vene freuen; die kann eine Schneiderin hier brauchen; die ist immer fürs Elegante. Und Sie werden das Geld ja auch nötig haben in ihrer Baracke!“ „Ach“, jagte sie nur, es klingt, wie wenn Seide zerreiht; und Papendied kann weiterreden: „Sehen Sie, mein Nachbar Korn, auch so'n Voie in landwirtschaftlichen Dingen wie ihr Mann, der hat seine Frau allein hier lassen müssen und ist nach Berlin auf Arbeit gegangen. Die arme Frau ist ganz allein in dieser Einsamkeit; bedenken Sie mal, den ganzen Winter!“ Sie schüttelt sich, Kälte steigt von ihren Fußspitzen bis in den Buckel hinauf; er ist zufrieden. Seine Peitsche streicht energisch über den breiten Rücken der beiden Braunen: „Hü! Nur tüchtig düngen, Frau Maschle, dann kann so was nicht passieren. Es kostet ja natürlich Geld — aber wie gesagt: nur immer tüchtig düngen!“ Sie sind angelangt an Maschles Häuschen. Sehen Sie wohl, hätte sie am liebsten gesagt, es ist ein Häuschen, keine Baracke! Aber sie bedankt sich nur, und Maschle, der am Wege steht, auch, und Papendied winkt ab: „Keine Ursache! Wenn man mal Pferd und Wagen hat.“ Vene, die ihn auf dem Hofe erwartet, steht topfschüttelnd dabei, wie er die neue Kuh in den Stall führt; sie freut sich nicht so recht, hat überhaupt kein richtiges Interesse an der Landwirtschaft; na, wird sich mit der Zeit schon geben. „Ist sie nicht schön, so schwarz und weiß?“ lacht er an Vene heranzukommen. „Sie sieht der Kuh so ähnlich, die Korn's hatten“, sagte Vene. „Es ist doch nicht etwa dieselbe?“ Papendied zuckt gleichgültig die riesigen Achseln. „Kann sein.“ Wie hatte doch der Viehhändler gesagt? „Es ist ganz gut, daß sie in der Gegend bleibt.“ Einen Augenblick lang ist ein Verdacht in Vene wach: will ihr Vater sich rächen an Korn? Auf diese Art? Aber dann weiß sie: er ist zu dickhäutig dazu. Er sagt die Wahrheit: er hat gar nicht darüber nachgedacht. Sie weiß das — gut. Aber Korn's . . . ?

Sie schüttelt wieder den Kopf und geht langsam ins Haus. Im ungewohnten Stalle brüllt die Kuh. Die Anna Maschle verbringt viele Abende bei Luise Korn — lange Abende, denn der Winter hat die Tage in Schnee vergraben, daß sie nur eben den Kopf heraufstrecken und gleich wieder versinken, kaum daß sie kamen. Luise und Anna sind zwei ganz verschiedene Frauen, und sie tun eigentlich auch nur ihre Einsamkeiten zusammen, und ein ganz klein wenig auch ihre Klatschluft; Andreas Korn arbeitet in Berlin, und Paul Maschle ist viel in der Kreisstadt. Sie haben sich bald nach Annas Ankunft kennengelernt durch einen Vorfall, der bis heute oft ihren Gesprächsstoff bildet. Luise ist zu Anna hinübergekommen, rot und nah von Schmerz und Jörn: „Ach möchte nur ihren Mann bitten, daß er unsere Liese — daß er die Kuh wieder zu Papendied hinüberbringt; sie hat sich in ihren — in unseren Stall verlaufen; und ich — ich kann es doch nicht!“ Nein, sie konnte es wirklich nicht. Der dummen Redensart von damals wegen konnte man sich freilich nicht wieder anrufen, aber man brauchte nicht Jörn gegeneinander im Herzen zu haben; der Sache mit der Kuh wegen wiederum konnte man sich ruhig grüßen, es kam auch gerade dadurch wieder dazu, denn Vene erschien und entschuldigte sich; aber der Schmerz und der Jörn und der Stach im Herzen, das wurde man nun nicht wieder los, die Feindschaft von innen, die blieb. Warum das so war, das wußte man eigentlich nicht; aber es war so, das stand fest. Und Luise erzählt der Anna Maschle zum dritten Male, wie Andreas die Kuh extra bis zur Kreisstadt gebracht hatte, damit nicht Papendied sie bekam, damit man sich nicht zu Tode grämen und schämen mußte. Es verschlägt nichts, daß Anna vorwiegend auf Vene Papendied schimpft, die Luise eigentlich ganz gern mag. „Mit Pelz will sie das Kleid befehl haben, das Fräulein Papendied; ich möchte wissen, wozu das Fräulein Papendied im Kuhstall den Pelzbefehl benötigt; na, mir kann es ja gleich sein, wenn Fräulein Papendieds Geschmack so schlecht ist. . . .“ Und doch ist es eigentlich kein Haß gegen Vene persönlich; es ist ein Haß, den Anna in ihrem armseligen, verbudelten Schneiderinnen-dasein all den Glatten, Hohen, Schlanken entgegengebracht hatte, die sie gegen Geld elegant zu machen gezwungen war, elegant für Theaterbesuche, Spaziergänge, Autofahrten, und sie saß zu Hause und nähte, die Nähmaschine dröhnte dumpf auf und verschwang wie eine dunkle, in ewigem Gleichmaß herrollende und abtunende Woge, und der Himmel sah durch die blinden Scheiben, zum Weinen blau . . . (Fortf. folgt.)

jährigen Jungbannangehörigen Albert F. aus der Schaffer Straße durch einen Armschuss schwer. Der Täter wurde verhaftet.

Der schießwütige Nazi soll sich unter den Tribünenbesuchern befinden haben, die um 20 Uhr das Rathaus verlassen mußten. Der Kurische, ein wohnungsloser 22-jähriger Gerhard Pantel, ging vor dem Rathaus auf und ab. Als zwei Reichsbannerleute, die auf einen Stadtverordneten warteten, in seine Nähe kamen, rief der Pantel plötzlich: „Stehen bleiben oder ich schieße!“ Seine Drohung setzte er auch sofort in die Tat um. Er zog eine Pistole hervor und feuerte acht Schüsse auf die völlig überraschten Reichsbannerleute ab. Eine Kugel traf den neunzehnjährigen Albert F. in den linken Arm, die übrigen Geschosse gingen glücklicherweise fehl. Der Kurische versuchte zu entkommen, ein Polizeibeamter eilte jedoch hinter den Flüchtigen her und brachte ihn durch einen Schreckschuß aus seiner Dienstpistole zum Stehen. Pantel wurde später der polnischen Polizei übergeben.

Abwehrkampf der Mieterschaft.

Im großen Saale des Nordischen Hofs, Invalidenstraße, fand eine Versammlung der Abteilungsleiter, Vertreter und der sonst im Miet- und Wohnungswesen tätigen Parteigenossen statt.

Der Vorsitzende des Bezirksmieterschaftsausschusses Landgerichtsdirektor Ernst Ruben erstattete den Jahresbericht, verbunden mit einer Stellungnahme zu der durch die Brüningsche Notverordnung geschaffenen Lage. Der Jahresbericht zeigte die große Arbeit, die der Ausschuss im Berichtsjahre geleistet hat. Wir müssen uns darüber klar sein, führte Genosse Ruben aus, daß gewisse Forderungen nach dem heutigen Kräfteverhältnis nicht durchführbar sind. In der Mieterbewegung ist eine Stagnation eingetreten. Eine stärkere Agitation unter den Mietern ist nicht in dem Maße betrieben worden, wie sie notwendig gewesen wäre. Es wird der Arbeiterschaft vorläufig nicht möglich sein, draußen im Grünen ein Eigenheim zu besitzen. Noch lange werden die Mietkassernen erhalten bleiben, sie sind eben schneller gebaut als beseitigt. Deswegen müssen die Rechte der Altmietwohnungen mehr nach als bisher wahrgenommen werden. Den Kampf um ein soziales Mietrecht müssen wir mehr in den Vordergrund unserer Arbeit rücken.

Wenn der sozialdemokratische Einfluß nicht bald wieder stärker wird, ist ein Teil des Mieterschutzes nicht mehr zu retten.

Den Hausbesitzern geht es heute unter der Zwangswirtschaft besser als früher. Besonders die Arbeiterhäuser bringen heute mehr ein. Raum war bekannt geworden, daß das Wohnungsmangelgesetz fallen sollte, wurde auch schon nach dem Abbau der verhassten Wohnungsämter gefürchtet. Aber jetzt müssen sich die Wohnungsämter endlich einmal mehr um die Instandhaltung der Wohnungen kümmern und dem Verfall vieler Altmietwohnungen entgegenarbeiten. Die Einschränkung der Zubilligung des Erfahrungsraumes öffnet demagogischen Untrieben Tür und Tor. Hier muß unbedingt das möglichste zur Verbesserung getan werden. Mit der Befestigung der Rentenbesitzer bei Mietgerichten ist ein wichtiges demokratisches Prinzip verletzt worden. Die immer stärkere Durchdringung der Justiz mit Parteirichtern wird auch hier hintertrieben. Nach der Notverordnung ist es heute nicht mehr möglich, daß, wenn man ein Jahr eine Wohnung inne hat, für die zwölf Monate gezahlt wurde, dann noch die gesetzliche Miete festgestellt werden kann. Eine oft ungerichtet hohe Miete muß weiter gezahlt werden und die Hausbesitzermacht ist wiederhergestellt.

Im Reichstag ist von unseren Genossen bereits ein weitgehender Antrag auf Schaffung eines sozialen Miet- und Wohnrechtes eingebracht worden.

Aber wenn es uns nicht gelingt, die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wesentlich zu erhöhen, wird dieser Antrag keine Mehrheit finden. Wir müssen wieder wie beim Kampf um die Hirtfelder-Verordnung die Wähler der rechtsgerichteten Parteien rebellisch machen und mit allen Kräften die Realisierung dieses Antrages betreiben.

Zum Vorsitzenden des Bezirksmieterschaftsausschusses wurde wiederum der Genosse Landgerichtsdirektor Ernst Ruben gewählt. Neu in den Ausschuss wurden u. a. die Genossen Gramse vom Dresdener Mieterbund und Thäle vom Reichsbund Deutscher Mieter gewählt.

Selbstmordversuch eines Senatspräsidenten.

Der 68-jährige Senatspräsident L. K. Walter von Ulfanski versuchte sich gestern in Arbeitszimmer seiner Wohnung in der Berliner Str. 161 in Charlottenburg zu erschlagen. Durch einen Schuß in die Rechte Schläge brachte er sich eine lebensgefährliche Verletzung bei. Der Lebensmüde fand im Wilmersdorfer Krankenhause in der Lindenbachstraße Aufnahme. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Von Ulfanski war früher Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht; ein schweres Verden zwang ihn vorzeitig, sich vom Amt zurückzuziehen. In einem Anfall von Schwermut dürfte er gestern zur Waffe gegriffen haben.

Zwei tödliche Unfälle.

Auf dem Güterbahnhof Neudöln-Treptow ereignete sich am Mittwoch, unweit der Einfahrt Kirchhoffstraße, ein tödlicher Unfall. Beim Reinigen einer Weiche überhörte der Zuschliffweichenwärter Paul Hoffmann aus der Jungstr. 17 in Bichtenberg den heranrollenden Waggon eines Rangierzuges. Er wurde von dem Güterwagen erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Als Kollegen hinzukamen, konnten sie den Verunglückten nur noch als Leiche bergen. — Vor dem Hause Bundesratsufer 9 wurde gestern der 13-jährige Schüler Kurt Schröder aus der Eberfelder Str. 3 von einem Lieferwagen überfahren und auf der Stelle getötet.

Falsche Behauptung eines Stadtverordneten.

Genosse Dr. Kurt Löwenstein bittet uns um Veröffentlichung folgender Zeilen: „Nach dem stenographischen Bericht der Stadtverordnetenversammlung vom 15. Januar 1931, Seite 48, hat der kommunalistische Stadtverordnete Schüring behauptet, ich soll gesagt haben: „daß man in dieser Situation gar nicht anders könne, als den sozialdemokratischen diffidenten Junglehrern den Rat zu geben, wieder in die Kirche einzutreten“. Da diese Bemerkung von den Kommunisten in der öffentlichen Agitation mehrfach mißbraucht worden ist, bitte ich bekanntzugeben, daß ich weder jemals einen derartigen Rat gegeben habe, noch die Emission eines solchen Rates für gut halten würde.“

„Der Jäger“ in der Schule. Als erste Berliner Schule führte die Walter-Rathenau-Schule, Neudöln, Brach-Weils Schwaner „Der Jäger“ an vier Abenden auf. Darsteller, Chor und Orchester (mit Ausnahme der „Mutter“ und der „Väter“) waren ausschließlich jugendliche Schüler der Anstalt. Unter Leitung Siegfried Günthers jonglierten und spielten alle Beteiligten mit starker Hingabe an die Sache.

Verhindert den Massenabbau!

Verfehlter Magistratsbeschuß / Heute Entscheidung im Stadtparlament

Die von Tag zu Tag erschreckend anwachsende Finanznot der Reichshauptstadt — zur Zeit rechnet man bereits mit einem Defizit von über 100 Millionen Mark bei einem dauernden Anwachsen der Wohlfahrtslasten und stetem Rückgang der Steuereingänge — hat den Magistrat zu einer neuen Sparverfügung veranlaßt, die unter den städtischen Angestellten und Arbeitern größte Unruhe ausgelöst hat. Der Magistrat hat beschlossen, die für das Rechnungsjahr 1931 angelegten Personal- und Sachausgaben um 5 Proz. zu senken. Entsprechende Verfügungen an die Zentralverwaltungen und Bezirksämter wurden sofort erlassen.

Den Bezirksämtern war anheimgestellt worden, an Stelle der Personalmittel die Ansätze für sächliche Ausgaben ihres Haushaltsplanes zu kürzen. Da die endgültige Entscheidung über die Art der Kürzungen erst im Laufe des nächsten Monats möglich ist, wurden von den einzelnen Verwaltungsteilen zahlreiche „vorsorgliche“ Kündigungen von Arbeitern und Angestellten ausgesprochen. In einigen sozialdemokratisch geleiteten Bezirksämtern, so in den Bezirken Prenzlauer Berg und Wedding, hat man allerdings trotzdem keine Kündigungen ausgesprochen, weil die verantwortlichen sozialdemokratischen Bürgermeister glaubten, eine solche Maßnahme im Interesse der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Verwaltung nicht verantworten zu können. Sofort nach Bekanntwerden des folgenschweren, leider ohne vorhergehende Verständigung mit den Gewerkschaften und dem Gesamtbetriebsrat erfolgten Magistratsbeschlusses.

hat die sozialdemokratische Rathausfraktion entscheidend eingegriffen.

Der „Vorwärts“ hat bereits gestern früh den Wortlaut der von den Sozialdemokraten im Stadtparlament eingebrachten Dringlichkeitsanträge veröffentlicht, die vom Magistrat die sofortige Einstellung weiterer Kündigungen und die Zurückziehung der bisher ausgesprochenen Kündigungen verlangen. In der heutigen Sitzung des Stadtparlamentes werden die sozialdemokratischen Stadtverordneten Rogack und Krause die Dringlichkeitsanträge begründen. Es ist zu hoffen, daß sich eine breite Mehrheit hinter die sozialdemokratischen Forderungen stellen wird.

Die Notmaßnahme des Magistrats, deren Aufhebung wegen ihrer Undurchführbarkeit dringend verlangt werden muß, beleuchtet wieder schlaglichtartig die schwierige Situation, in der sich nicht nur die Reichshauptstadt, sondern fast alle deutschen Gemeinden befinden. Sie zeigt von neuem, wie dringend eine Entlastung der Kommunen von den ungeheuren, jeden Etatplan über den Hausen

werfenden Wohlfahrtslasten ist. Aus dieser Notlage heraus ist es verständlich, wenn der Magistrat kein Mittel unversucht lassen will,

die Zahlungsfähigkeit der Stadt Berlin

unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Nur scheint uns der mit dem letzten Beschluß begangene Weg ganz und gar nicht der richtige zu sein. Von Jahr zu Jahr sind die Arbeiten in den einzelnen städtischen Büros und Dienststellen angewachsen; eine hin und wieder erfolgte Personalverstärkung vermochte die gesteigerten Arbeitsansprüche nicht auszugleichen. Verantwortungsbehaftete leitende Kommunalbeamte sehen deshalb ohne die Befähigung einer ordnungsgemäßen Erledigung der Verwaltungsarbeit keine Möglichkeit, Einsparungen am Personaletat vorzunehmen. Die Verfügung des Magistrats muß revidiert werden, weil sich zeigt, daß eine praktische Durchführung unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen würde.

Schafft Radau Geld?

Eine Arbeiterfrau schreibt dem „Vorwärts“:

Im Rundfunk, in den Tageszeitungen und an den Anschlagtafeln wird zu Spenden für die Berliner Winterhilfe aufgefordert. Die Verteilung der eingegangenen Spenden wird in Form von Ernährungsgebern von den freien Wohlfahrtsorganisationen vorgenommen, zu diesen Organisationen gehört auch der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.

Nach den aufgestellten Richtlinien sollen nur noch langfristige Erwerbstote mit kinderreicher Familie Berücksichtigung finden. Von den einzelnen Organisationen sind nun Sprechstunden zur Stellung der Anträge eingerichtet worden. Auch die Arbeiterwohlfahrt hat in den einzelnen Verwaltungsbezirken von Groß-Berlin diese Sprechstunden, so auch im Verwaltungsbezirk Kreuzberg. Doch die Funktionärinnen der Arbeiterwohlfahrt auch nach diesen aufgestellten Richtlinien ihre Entscheidungen zu treffen haben, ist den Erwerbstoten, die trotz des langanhaltenden Elends ihre klare Urteilskraft behalten haben, einleuchtend. Aber wie überall so auch hier, suchen radauflustige Elemente und durch die Propaganda der kommunistischen Propaganda irreflektierte Menschen im trüben zu fischen. Ernährungsgebern wird erst nach erfolgter Recherche ausgehändigt. Glauben denn die Radauflustigen, daß durch Beschimpfungen und Beschuldigungen ehrenamtlich tätiger Arbeiterfrauen den Erwerbstoten geholfen werden kann. Die Arbeiterfrauen wissen, daß die Helfer den darbenenden Arbeitern gar nicht helfen wollen. Sie suchen Dunne und finden sie auch in dieser Zeit der Not. Aber die Drahtzieher sollen sich verrechnen haben; wir Arbeiterfrauen lassen uns durch derartiges nicht provozieren, sondern werden noch wie vor im Interesse der erwerbslosen Arbeiterschaft unsere Arbeit erledigen.

Attentat gegen Remarque-Film.

Ein Film „Im Westen nichts Neues“ verbrannt.

Amsterdam, 18. Februar.

In der Nacht zum Mittwoch ist eine unbekannt Person in das Alhambra-Theater in Enschede an der deutschen Grenze eingedrungen und hat den Film „Im Westen nichts Neues“, der in diesem Theater schon einige Wochen aufgeführt wird, verbrannt. Aus allen Teilen Nordwestdeutschlands und Westfalens kamen Tausende von deutschen Besuchern, um den Remarque-Film zu sehen. Etwas gegen zwei Uhr morgens sah ein Fußgänger Rauch auf dem Theatergrundstück aufsteigen. Er benachrichtigte die Polizei. Man fand in dem Hof des Theaters die Reste des durch den Brand vernichteten Films „Im Westen nichts Neues“. Der Täter ist durch ein Fenster in das Theater eingedrungen, hat aus dem Vorführraum den Film entwendet und dann auf dem Hof verbrannt. Obgleich noch keine genauen Anhaltspunkte vorhanden sind, nimmt die Polizei an, daß ein Nationalsozialist der Täter ist.

Ein ungetreuer Steuersekretär.

Der 37 Jahre alte Steuersekretär Heinrich beim Landesfinanzamt Berlin hatte wiederholt, obwohl er dazu nicht berechtigt war, Steuergeheimnisse in Caspung genommen und diese Geheime unterzogen. Um seine Unterschlagungen zu verdecken, machte er falsche Buchungen. 25 000 Mark sind von ihm unterschlagen worden, während die Falschbuchungen bereits einen Betrag von 70 000 Mark

aufweisen. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte Heinrich wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung in Lateinheit mit fortgesetzter gewinnläufiger Urkundenfälschung im Amt zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Heinrich, dem die Strafe zu hoch erschien, legte gegen das Urteil Berufung ein. Die zweite große Strafkammer beim Landgericht III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Siebert verwarf aber die Berufung des Steuersekretärs trotzdem, so daß es bei dem erstinstanzlichen Urteil verbleibt.

Neue Reichsbanknoten zu 10 Reichsmark.

In den nächsten Tagen werden auf Grund des Bankgesetzes vom 30. August 1924 neue Reichsbanknoten zu 10 Reichsmark in den Verkehr gegeben werden. Sie sind 7,5 x 15 Zentimeter groß und auf leicht blaugrün gefärbtem Papier hergestellt. Bei der Durchsicht zeigt das Papier von der Vorderseite aus gesehen, links auf dem Schaurande ein Kopfmotivzeichen (Abbr. Dan. Th. a. r.) und im bedruckten Felde als weiteres Wasserzeichen die große Wertzahl „10“. Ueber den rechten Teil des Schaurandes, bis in das Druckbild hineinreichend, läuft ein etwa 2 Zentimeter breiter, mit orangefarbenen und grünen Fasern besetzter Streifen.

Die Reichspost gibt eine neue Briefmarke im Werte von vier Pfennig heraus, die für Druckfachen bis zu 20 Grammen vom 1. März ab gilt. Die Marke ist hellblau, zeigt das Bildnis des Reichspräsidenten und wird wie die bisherigen Marken in Bogen und Rollen hergestellt.

Die Autoschau am Funkturm.

Das Kleinauto ist billiger geworden.

In den Ausstellungshallen am Kaiserdamm findet nach über zweijähriger Pause in der Zeit vom 19. Februar bis zum 1. März eine Internationale Automobilausstellung statt. Sie ist täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet.

Wenn heute früh der letzte Handwerker die Hallen verlassen haben wird, hat Berlin wieder eine Autoschau, die hinsichtlich der gezeigten Fabrikate mit allen in letzter Zeit abgehaltenen ausländischen Autoausstellungen bestimmt in Wettbewerb treten kann. Räumlich ist sie beschränkter als die bisherigen; Die Motorradindustrie fehlt. Was aber in der alten und der neuen Autohalle zusammengebracht wurde, gibt einen guten Überblick über die Entwicklung und den augenblicklichen Stand der Automobiltechnik und — was die Hauptsache sein dürfte — über die Preispolitik der Firmen.

Der Volkswagen marschiert!

Der früher stets erhobene Ruf nach dem billigen, guten Volkswagen, dem Wagen für den Massenabsatz, hat Konstruktoren und Hersteller veranlaßt, mehr als bisher dem kleinen Automobils ihr Augenmerk zuzuwenden. Wenn heute schon Wagen für 1400 Mark angeboten werden (Goliath-Dreiradwagen), wenn Opel den billigsten Zweifischer in erstklassigem äußeren Gewande für 1900 Mark herstellt, DKW einen Vorderachsantriebswagen für 1685 Mark zeigt und auch Hanomag und BMW richtige Autos unter der 2500-Mark-Grenze bauen, so ist eben gegen die Zeit vor zwei, drei Jahren ein

sehr merklicher Preisabbau eingetreten. Wäre nicht die Unterhaltung eines Wagens hinsichtlich Benzin-, Steuer- und Versicherungskosten immer noch unverhältnismäßig hoch, mancher Motorradfahrer wäre schon zum sichereren und bequemeren Wagen übergegangen. An der Industrie liegt es jedenfalls kaum noch.

In fast verwirrender Fülle bieten sich billige, mittlere und teure Automobile dar. Brauchwagen, fast zu schade zum Fahren, haben wieder die altbekannten Firmen ausgestellt: Ein Niesenwagen mit einem Abieger der im Zeppelin-Luftschiff verwandten 12-Zylinder-Motoren leistet 200 PS. Für einen ebenso harten Wagen einer anderen Fabrik muß man 41 000 Mark auflegen. Bei diesen Autos ist das letzte an äußerem und innerem Komfort, an Betriebs- und Fahrtsicherheit und an Formenschnitzerei vorhanden.

Für die „Schleute“ zeigen viele Firmen Schnittmodelle aller Arten. Hier zeigt sich das arbeitende Innere des Motors bis in die kleinsten Einzelheiten, dort hat man sogar ein ganzes Chassis mit dem laufenden Motor um die Längsachse drehbar aufgehängt. Nicht-, Hüpenignota locken Besucher an, große Lastwagen stellen sich kreisförmig zur Schau, elektrische Fohrdrahtomnibusse haben die Ausstattung von Kabinen. Unter den Großraumwagen beansprucht ein Hänfischer für 300 Senner Ladegewicht besonderes Interesse.

Ausländische Wagen (Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Amerika u. a.) stehen in schwerer Konkurrenz mit den deutschen. Wertzeugmaschinen, Zubehöre vom Benzintank, über den Winter bis zum „Bordoblen“ vervollständigen die auch für den Nichtbesitzenden interessante Ausstellung.

Theater, Lichtspiele usw.

Donnerst., 19. 2.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 17. A.-V.
 20 Uhr
 Spiel oder Ernst
 Polnische Tänze
 Die Verlobung bei
 der Laterne
 Ende n. 22 Uhr

Donnerst., 19. 2.
Städt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus II
 20 Uhr
**Die Entführung
 aus dem Serail**
 Ende 22 1/2 Uhr

Staats-Oper
 Am Platz der Republik
 20-22 Uhr
4. Sinf.-Konzert
 Kapelle der Staatsoper
 Ltg. Otto Klemperer

Staatl. Schiller-Theater, Charlitzg.
 20 Uhr
**Scherz, Satire, Ironie
 und tiefere Bedeutung**
 Ende gegen 22 1/2 Uhr

SCALA
 Tägl. 2 Vorst.
 8 u. 8 1/2 Uhr
 Barbarossa 9256
 Nehm. 50 Pl. bis 3 M., abds. 1 bis 6 M.
3. Andreu Rivet
 Roberto de Vasconcelos,
 Haldie & Kay usw.

PLAZA
 Tägl. 5 u. 8 1/2
 Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
 E 4, Alex. 8066
 Nehm. 50 Pl. — 1 M., abds. 1-2 M.
**4 Bronetts, Dollyoffs
 Jazz- und Tanz-Revue**
 Dauton-Show, Kremo-Familie
 und weitere Attraktionen

CASINO-THEATER
 8 1/2 Uhr
 Lothringers Straße 37.
 Man lacht Tränen über
 Direktor Hans Berg
 in dem neuen Schlager
Onkel Ethin aus Neuruppin
 Dazu ein neuer bunter Teil.
Gutschein 1-4 Personen
 Faustel 1,25 M., Sessel 1,75 M.
 Sonstige Pr.: Parkett 75 Pl., Rang 60 Pl.

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Sonntag Nachmitt. 3 Uhr
 Das wunderbare Februar-Programm
Stettiner Sänger
 Populäre Preise!
 Nachm. ermäßigte Preise!
Dönhoff - Brett!
 Täglich das g. te
 Varieté- und Kabarett-Programm!

**DAS BLAUE HEMD
 VON ITHAKA**
 OPERETTE IN 3 AKTEN
 Musik Jacques Offenbach
 Der große Erfolg
 Täglich 8 15 Uhr
 Plätze M 1,- bis M 9,-
 Vorverkauf ab 10 Uhr
 versch. versch. MERKUR 991
THEATER IM ADMIRALPALAST

HAUS WATERRAND
 Restaurant
**Restaurat
 Berlins**
 BETHRIE
 KEMPINSKI

**Ständige große
 Porzellan-
 AUSSTELLUNG**
**Tafel-
 service**
 m. Goldrand
 mod. Streif.
 77
71
 Auch bis zu 12 Monatsraten.
Raddatz & Co.
 Berlin W 8, Lothringers Str. 122-123

**Winter-
 Garten**
 8 15 Uhr, Zentr. 2013. Kauchen erlaubt.
**7 Alfredo's — „Arcono“
 Dolinoffs — 3 Crossos**
 und weitere internationale Varieté-Stars.

Volksbühne
 Theater am Mühlplatz.
 8 Uhr
Hans Albers
 in
Liliom
 von Franz Molnar
 Regie: Karl Heinz Martin

Staatl. Schiller-Th.
 8 Uhr
**Scherz, Satire,
 Ironie u. tiefere
 Bedeutung**

**Theater am
 Schirnbauerdamm**
 8 Uhr
**Die Quadratur
 des Kreises**

Deutsches Theater
 8 Uhr
**Elisabeth
 von England**
 von Ferd. Brückner
 Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
 8 1/2 Uhr
**Pariser
 Platz 13**
 von Vicki Baum
 Regie: Gustaf Gründgens

Die Komödie
 8 1/2 Uhr
Die Fee
 von Franz Molnar
 Regie: Stefan Rod.

**Kurfürstendamm-
 Theater**
 Bismarck 419
 8 Uhr
**Das schwache
 Geschlecht**
 v. Edouard Bourdet
 Regie: Max Rehbardt

**Deutsches
 Künstler-Theat.**
 Barbarossa 3907.
 8 1/2 Uhr
**Ritter Blaubarts
 achte Frau**

**Renaissance-
 Theater**
 Steinplatz 6780.
 8 1/2 Uhr
**Muß die Kuh
 Milch geben?**
 Pr. 6.50 bis 13.50

Rose - Theater
 Gr. Frankfurter Str. 132
 Tel. Alex. 3422 u. 3494
 8.30 Uhr
**Das Parfum
 meiner Frau**
 8 15 Uhr
Die schöne Helena

Lessing - Theater
 Täglich
 8 1/2 Uhr
 Sonntags 4 und 8 1/2 Uhr
**Viktoria
 und ihr Husar**
 Mary Lonsell, Osdoby, Laeff

**Ellie-
 Sänger**
 wie immer
 der gro ße
 Erfolg!
 Ex. Ionel, Rechlörme
**Wo spottet man
 gut und billig?**
Gross-Berlin
 Alexanderplatz

Zu vermieten:
Einfamilien - Häuser
 3 1/2 Zimmer, Bad, Boden, Keller, eigene
 Waschküche und Garten. . . . RM 185.-
 Auskunft: Britz, Talberger Straße 8g,
 Zugang Parchimer Allee, täglich 13-17
Etagen - Wohnungen
 1 1/2 bis 3 1/2 Zimmer, Bad, Balkon zu
 verschiedenen Terminen beziehbar
 Auskunft: Wohnstadt Carl Legien,
 Jäckelstraße 10, an der Carmen-Sylva-
 straße, zwischen den Ringbahnhöfen
 Prenzlauer Allee und Weißensee,
 wochentags 9-12 und 15-17
Einzel - Wohnungen
 von 1 1/2, 2, 2 1/2, 3 1/2 und 5 Zimmern mit Bad
 und Balkon in mehreren Gassen unserer Strahlen,
 in den verschiedensten und gesunden Groß-Berliner
 Auskünfte: EINFÄ, Köpenicker Straße 50
 Telefon: F 7 Janowitz 6011, wochentags 9-15,
 Sonntags 9-12

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 Tägl. 8 Uhr. Im weissen Haus.
 Stg. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
 billige Preise. Regie: Erik Charell.

Berliner Ulk-Trio
 Neukölln. Lahnstr. 74/76 J

NEUE WELT
 Arnold Scholz
 U-Bahn Hermannplatz, Rosenhöhe 100-14

**GROSSES
 Bockbierfest**
 und Gr. Schweineschlachten
 7 Kapellen, Neue Dekorationen,
 Bayr. Bedienung
 Einlaß: Wochentags 6 Uhr,
 Sonntags 4 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Wohnung! Wohnung!
Verwaltungsmittglieder!
 Freitag, den 20. Februar 1931, abends
 7 Uhr. Sitzung der Rittersen Verwaltung.
 Die Ortsverwaltung.

Gewinnauszug
 5. Klasse 36. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
 Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne
 gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer
 in den beiden Abteilungen I und II

9. Ziehungstag 18. Februar 1931
 In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
 gezogen

6 Gewinne je 10000 M.	216384	338110	356157
10 Gewinne je 5000 M.	12389	25320	126901
20 Gewinne je 3000 M.	30820	109163	118153
147234	159172	235578	241142
58 Gewinne je 2000 M.	28725	51112	52886
82909	131034	141547	184855
261892	267751	270482	296786
339676	353606	366011	369930
120 Gewinne je 1000 M.	2665	3189	14285
47697	54431	71849	86342
125896	127605	132484	142882
184707	194575	196705	197719
243516	247115	248574	250553
314329	318982	322589	324375
350266	356095	358162	359471
166 Gewinne je 500 M.	2073	3486	13079
53700	57446	59907	62562
110226	112181	134212	134834
165402	165821	178250	181753
195406	197378	197846	206229
222050	223452	225049	228562
253357	256181	257211	262370
295328	297854	298212	291928
317824	328001	334206	335511
374389	377130	383302	

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Nachruf
 Dem Mitstreiter zur Rechtfertigung
 bei unsrer Kollege, der Arbeiter

Joh. Mantler
 am 12. Februar gestorben ist.

Am 9. Februar starb unser Kollege,
 der Formner
Willi Thälmann

Am 10. Februar starb unser Kollege,
 der Belgier
Josef Slany
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Belegungen haben bereits statt-
 gefunden.
 Die Ortsverwaltung.

**Der Wein
 zur
 Stärkung
 Santa Lucia**

Gewinnauszug
 5. Klasse 36. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
 Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne
 gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer
 in den beiden Abteilungen I und II

9. Ziehungstag 18. Februar 1931
 In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
 gezogen

6 Gewinne je 10000 M.	216384	338110	356157
10 Gewinne je 5000 M.	12389	25320	126901
20 Gewinne je 3000 M.	30820	109163	118153
147234	159172	235578	241142
58 Gewinne je 2000 M.	28725	51112	52886
82909	131034	141547	184855
261892	267751	270482	296786
339676	353606	366011	369930
120 Gewinne je 1000 M.	2665	3189	14285
47697	54431	71849	86342
125896	127605	132484	142882
184707	194575	196705	197719
243516	247115	248574	250553
314329	318982	322589	324375
350266	356095	358162	359471
166 Gewinne je 500 M.	2073	3486	13079
53700	57446	59907	62562
110226	112181	134212	134834
165402	165821	178250	181753
195406	197378	197846	206229
222050	223452	225049	228562
253357	256181	257211	262370
295328	297854	298212	291928
317824	328001	334206	335511
374389	377130	383302	

**„Tausend Einfälle
 und Witze**
 jagt sich, alles wirbelt
 und sprüht, so schreibt
 „Die Weltstadt“ über
**„Die schöne
 Helena“**
 in
**ROSE
 THEATER**
 Große Frankfurter Straße 132
 Bismarck Alex. 3422 u. 3494
**„Die Operette fand be-
 geisterter Aufnahme“**
 (Welt am Montag)
**„Der Beifall war
 enorm“** (4 Uhr Abendst.)
 Wochentags Beginn 8 1/2 U.
 Sonntags 7 U. u. 10 1/2 Uhr
 Sonntags 29. 50 u. 8 Uhr
 Preise von 50 Pf. bis 3 M

**Achtung!
 Familien-
 Nachmittage**
 Jeden Dienstag, Mittwoch,
 Donnerstag, Freitag 3.30 Uhr
„Das Parfum meiner Frau“
 Lustspiel von Leo Lens
 Preise von 30 Pf. bis 1.50 M
 20 Minuten Kaffeepause
 Kaffee mit Kuchen 30 Pf.
 7-tägiger Vorverkauf, täg-
 lich von 11-1 Uhr vorm.
 und von 4-6 Uhr abends

Kleine Anzeigen
 wirkungsvoll und billig

Verkäufe
Zinsum.
 Galt, Kolonist, 2
Teppichs
 Emil Lehner, Pet-
 lin, seit 1883 aus
 Orlanienstraße 133,
 Schöneberg, Tele-
 fon 36. 100-101, 102-
 103, 104, 105, 106, 107,
 108, 109, 110, 111,
 112, 113, 114, 115,
 116, 117, 118, 119,
 120, 121, 122, 123,
 124, 125, 126, 127,
 128, 129, 130, 131,
 132, 133, 134, 135,
 136, 137, 138, 139,
 140, 141, 142, 143,
 144, 145, 146, 147,
 148, 149, 150, 151,
 152, 153, 154, 155,
 156, 157, 158, 159,
 160, 161, 162, 163,
 164, 165, 166, 167,
 168, 169, 170, 171,
 172, 173, 174, 175,
 176, 177, 178, 179,
 180, 181, 182, 183,
 184, 185, 186, 187,
 188, 189, 190, 191,
 192, 193, 194, 195,
 196, 197, 198, 199,
 200, 201, 202, 203,
 204, 205, 206, 207,
 208, 209, 210, 211,
 212, 213, 214, 215,
 216, 217, 218, 219,
 220, 221, 222, 223,
 224, 225, 226, 227,
 228, 229, 230, 231,
 232, 233, 234, 235,
 236, 237, 238, 239,
 240, 241, 242, 243,
 244, 245, 246, 247,
 248, 249, 250, 251,
 252, 253, 254, 255,
 256, 257, 258, 259,
 260, 261, 262, 263,
 264, 265, 266, 267,
 268, 269, 270, 271,
 272, 273, 274, 275,
 276, 277, 278, 279,
 280, 281, 282, 283,
 284, 285, 286, 287,
 288, 289, 290, 291,
 292, 293, 294, 295,
 296, 297, 298, 299,
 300, 301, 302, 303,
 304, 305, 306, 307,
 308, 309, 310, 311,
 312, 313, 314, 315,
 316, 317, 318, 319,
 320, 321, 322, 323,
 324, 325, 326, 327,
 328, 329, 330, 331,
 332, 333, 334, 335,
 336, 337, 338, 339,
 340, 341, 342, 343,
 344, 345, 346, 347,
 348, 349, 350, 351,
 352, 353, 354, 355,
 356, 357, 358, 359,
 360, 361, 362, 363,
 364, 365, 366, 367,
 368, 369, 370, 371,
 372, 373, 374, 375,
 376, 377, 378, 379,
 380, 381, 382, 383,
 384, 385, 386, 387,
 388, 389, 390, 391,
 392, 393, 394, 395,
 396, 397, 398, 399,
 400, 401, 402, 403,
 404, 405, 406, 407,
 408, 409, 410, 411,
 412, 413, 414, 415,
 416, 417, 418, 419,
 420, 421, 422, 423,
 424, 425, 426, 427,
 428, 429, 430, 431,
 432, 433, 434, 435,
 436, 437, 438, 439,
 440, 441, 442, 443,
 444, 445, 446, 447,
 448, 449, 450, 451,
 452, 453, 454, 455,
 456, 457, 458, 459,
 460, 461, 462, 463,
 464, 465, 466, 467,
 468, 469, 470, 471,
 472, 473, 474, 475,
 476, 477, 478, 479,
 480, 481, 482, 483,
 484, 485, 486, 487,
 488, 489, 490, 491,
 492, 493, 494, 495,
 496, 497, 498, 499,
 500, 501, 502, 503,
 504, 505, 506, 507,
 508, 509, 510, 511,
 512, 513, 514, 515,
 516, 517, 518, 519,
 520, 521, 522, 523,
 524, 525, 526, 527,
 528, 529, 530, 531,
 532, 533, 534, 535,
 536, 537, 538, 539,
 540, 541, 542, 543,
 544, 545, 546, 547,
 548, 549, 550, 551,
 552, 553, 554, 555,
 556, 557, 558, 559,
 560, 561, 562, 563,
 564, 565, 566, 567,
 568, 569, 570, 571,
 572, 573, 574, 575,
 576, 577, 578, 579,
 580, 581, 582, 583,
 584, 585, 586, 587,
 588, 589, 590, 591,
 592, 593, 594, 595,
 596, 597, 598, 599,
 600, 601, 602, 603,
 604, 605, 606, 607,
 608, 609, 610, 611,
 612, 613, 614, 615,
 616, 617, 618, 619,
 620, 621, 622, 623,
 624, 625, 626, 627,
 628, 629, 630, 631,
 632, 633, 634, 635,
 636, 637, 638, 639,
 640, 641, 642, 643,
 644, 645, 646, 647,
 648, 649, 650, 651,
 652, 653, 654, 655,
 656, 657, 658, 659,
 660, 661, 662, 663,
 664, 665, 666, 667,
 668, 669, 670, 671,
 672, 673, 674, 675,
 676, 677, 678, 679,
 680, 681, 682, 683,
 684, 685, 686, 687,
 688, 689, 690, 691,
 692, 693, 694, 695,
 696, 697, 698, 699,
 700, 701, 702, 703,
 704, 705, 706, 707,
 708, 709, 710, 711,
 712, 713, 714, 715,
 716, 717, 718, 719,
 720, 721, 722, 723,
 724, 725, 726, 727,
 728, 729, 730, 731,
 732, 733, 734, 735,
 736, 737, 738, 739,
 740, 741, 742, 743,
 744, 745, 746, 747,
 748, 749, 750, 751,
 752, 753, 754, 755,
 756, 757, 758, 759,
 760, 761, 762, 763,
 764, 765, 766, 767,
 768, 769, 770, 771,
 772, 773, 774, 775,
 776, 777, 778, 779,
 780, 781, 782, 783,
 784, 785, 786, 787,
 788, 789, 790, 791,
 792, 793, 794, 795,
 796, 797, 798, 799,
 800, 801, 802, 803,
 804, 805, 806, 807,
 808, 809, 810, 811,
 812, 813, 814, 815,
 816, 817, 818, 819,
 820, 821, 822, 823,
 824, 825, 826, 827,
 828, 829, 830

Fünfjahrespläne in aller Welt.

Kapitalistische Staatsregierungen in Führung / Freie Wirtschaft? Keine Spur!

Wir berichteten dieser Tage über einen umfangreichen Fünfjahresplan Rumäniens, der die Heranziehung von Auslandskapital in Höhe von etwa 80 Milliarden Lei, das sind rund 2 Milliarden Mark, zur Hebung wichtiger rumänischer Wirtschaftszweige vorsieht; auf forstwirtschaftlichem Gebiet, für die Zucker- und die Petroleumergänzung, den Ausbau der Wasserwege, für das Fischereiwesen, für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft sollen umfangreiche Monopole vergeben werden, auch die landwirtschaftliche industrielle Erzeugung soll vergrößert und stärker rationalisiert werden.

Es ist kein Zufall, daß die Meldungen über langfristige Arbeitspläne teils zur Milderung der Krisenwirkung, teils aber auch zur Bekämpfung ihrer Ursachen heute allenthalben auftauchen. Dieser Tage kam die Meldung, daß die türkische Regierung einen Fünfjahresplan zum Ausbau des türkischen Straßennetzes ausgearbeitet hat, wofür einzelne Teile in den nächsten Monaten zur Ausführung kommen sollen.

In Ägypten, wo ein großer Teil der Baumwollbauern wie der Baumwollhändler durch den internationalen Preissturz der Baumwolle ruiniert ist, hat die Regierung es zunächst mit einem Versuch in Höhe von ungefähr 50 Millionen Mark versucht, der jedoch den Baumwollbauern nur wenig Nutzen gebracht hat. Zurzeit werden von der Regierung tiefgreifende Pläne ausgearbeitet, einerseits zur allgemeinen Senkung der Gesteinskosten, wozu die Senkung der Pachtzinsen, die Ermäßigung der Bewässerungsabgaben, die Verbilligung der Fracht- und Lagerkosten usw. gehören; andererseits ist die Regierung bemüht, durch mannigfache Vorteile die Landwirte zu bewegen, statt der Baumwolle Südfrüchte anzubauen.

In Jugoslawien will die Regierung im Rahmen einer Kompensationsmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit große Straßenbau- und Reparationsarbeiten durchführen, ebenfalls auf Grund eines langfristigen Programms.

Auch Frankreich führt zurzeit einen umfassenden Fünfjahresplan durch. Hier handelt es sich um langfristige Bauvorhaben,

teilweise zu dem Zweck, einen Teil der überschüssigen französischen Kapitalbildung im Inlande zu investieren. Der Kostenaufwand ist zunächst mit 17 Milliarden Franken, d. h. nicht ganz 3 Milliarden Mark, vorgesehen. Geplant ist der Ausbau des Straßennetzes und der Schiffsverkehrswege, der Bau neuer Wasserwerke, die Beschleunigung der Elektrifizierung insbesondere auf dem flachen Lande, Schulbauten, Errichtung und Erweiterung von Häfen usw. Der Staat soll die erforderlichen Summen als Anleihe aufnehmen und zunächst von sich aus verzinsen. Die Vergütung der Arbeiten soll ausschließlich der französischen Industrie vorbehalten bleiben. Durch diesen Fünfjahresplan hat die Krise insofern einen Strich gemacht, als infolge rückgängiger Steuereinnahmen der Staat die erforderliche Zinszahlung nur in geringerem Umfang auf sich nehmen möchte. Als erste Rate dieses Fünfjahresplans ist daher zunächst nur eine bescheidene Summe eingesetzt und dieser Tage bewilligt worden, nämlich 670 Millionen Franken, also knapp 115 Millionen Mark. Immerhin ist dadurch die Durchführung dieses großen Plans nur etwas verzögert worden, und von einem Verzicht auf diese langfristigen Maßnahmen ist keine Rede.

Parallel hierzu läuft ein langfristiger Ausbauplan für die französischen Kolonien, für den der französische Staat Anleihen im Betrage von 5 Milliarden Franken (über 800 Millionen Mark) garantieren soll. Mit der Auflegung der ersten großen Anleihe auf Grund dieses Plans wird in kürzester Zeit begonnen werden. Auch hier werden alle Lieferungen ausschließlich französischen Industriellen zufallen.

All diese Fünfjahrespläne haben mit irgendwelchen sozialistischen planwirtschaftlichen Maßnahmen nichts zu tun; in keinem Fall ging die Initiative hierzu von den sozialistischen Parteien aus. Vielmehr sind überall die bürgerlichen Politiker selber zu der Einsicht gekommen, daß unter Führung des Staates große langfristige Wirtschaftsarbeiten durchgeführt werden müssen, nachdem die Hoffnung auf das freie Spiel der kapitalistischen Kräfte verjagt hat.

Die Betriebsversicherung bei Opel.

Kein sozialpolitischer Fortschritt.

Die Firma Opel hat mit der Lebensversicherungsgesellschaft Thönig in Wien für ihre Belegschaft eine Gruppenlebensversicherung auf folgender Grundlage abgeschlossen:

Jeder Arbeitnehmer, der an der Versicherung teilnehmen will, zahlt eine Monatsprämie von 1,25 M. und zwar unabhängig von seinem Alter. Darüber hinaus zahlt auch die Firma 75 Pfennig pro Monat. Die Gesamtprämie soll nur etwa ein Drittel der üblichen Prämie bei Lebensversicherungen betragen. Der Versicherungsbetrag, der von der Versicherungsgesellschaft bei Eintritt des Versicherungsfalles zu bezahlen ist, beträgt 2500 M. für den einzelnen Arbeitnehmer bzw. seine Hinterbliebenen. Diese Bedingungen gelten aber — und hier steckt der Pferdeschuh — nur, wenn der Arbeitnehmer während der ganzen Versicherungsdauer den Betrieb der Firma nicht verläßt (Krankheitsfälle sowie Urlaubsberechtigungen und zeitweilige Entlassungen — auch Streiks? — bis zu 6 Monaten ausgenommen). Wird hingegen während der Versicherungsdauer sein Arbeitsverhältnis zur Firma gelöst, so verfallen alle einzubehaltenen Prämien, und der Arbeitnehmer hat nur das Recht, privat eine neue Lebensversicherung zu den gleichen Bedingungen abzuschließen wie jeder andere, nur ohne Unterbrechung seines Gesundheitszustandes. Diese Konzession ist so gut wie bedeutungslos, zumal es ja schon eine ganze Reihe von Lebensversicherungen ohne ärztliche Untersuchung gibt.

Opel hat dank seiner Verflechtung mit der amerikanischen Industrie dieses System der Betriebslebensversicherung von Amerika übernommen. Dort mag seine Verbreitung vielleicht zu verstehen sein als kärglicher Ersatz für die dort fehlende Sozialversicherung. Für Deutschland hingegen ist dieses System entschieden abzulehnen.

Zugegeben, daß die Befragung des Arbeitnehmers mit Prämien

nicht übermäßig hoch ist, so ist doch auch — ausgenommen vielleicht für Arbeitnehmer in höherem Alter — seine Aussicht, in den Genuß der Versicherungssumme zu gelangen, sehr gering. Denn wieviel Arbeiter und Angestellte haben angesichts der immer wiederkehrenden Perioden der Massenarbeitslosigkeit Aussicht, zehn, zwanzig oder gar dreißig Jahre lang bei einer Firma beschäftigt zu bleiben?

Andererseits ist das Unternehmerinteresse an dem Abschluß einer solchen Versicherung unerkennbar. Der Unternehmer wird zwar mit einer — wahrscheinlich im Einzelfall ebenfalls minimalen — Lohnzulage für jeden versicherungswilligen Arbeitnehmer belastet, er erkaufte sich aber damit eine starke Bindung des Arbeitnehmers an den Betrieb, ohne daß dem Unternehmer eine gleiche Bindung auferlegt würde. Heute, bei 5 Millionen Arbeitslosen, denen er sich nicht zu stellen möchte, spürt der Arbeitnehmer diese Bindung natürlich nicht. Daraus erklärt sich wohl auch die starke Beteiligung der Belegschaft an der neuen Versicherung. Aber wenn sich die Konjunktur wieder bessert und ein Wechsel der Beschäftigung wieder ins Bereich der Möglichkeit gerückt sein wird, wird er die Bindung um so stärker spüren.

Ob und wie weit schließlich bei der Einführung dieser Versicherung der Gedanke mitgespielt hat, einen Ersatz für die Sozialversicherung in der Form einer der Unternehmerrückstellungen viel sympathischeren Betriebsversicherung vorzubereiten, möge dahingestellt bleiben. Von den hier Beteiligten wird es bestritten. Die Arbeiterschaft hat, ob solche Nebenabsichten bestehen mögen oder nicht, auf keinen Fall einen Grund, sich mit der neuen Betriebsversicherung, die für sie materiell höchst ungünstig ist und sie in ihrer Bewegungsfreiheit aufs schwerste beengt, zu befremden.

Großbankleiter am runden Tisch

Teunterhaltung oder vernünftige Zusammenarbeit?

Die Finanzwelt hat eine neue kleine Sensation. Wie gemeldet wird, wollen die Leiter der Berliner Großbanken, genannt werden zunächst die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Danat, Dresdener, Commerz und Privat, sich wöchentlich zusammensetzen und gemeinsame Sorgen besprechen. Wir hören, daß man sich zwar auch schon in der Vergangenheit gelegentlich gesprochen hat, daß man aber der in der Zukunft beabsichtigten Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte doch eine gewisse besondere Bedeutung zusprechen darf.

Der unmittelbare Anlaß für die neue Liebe der Großbankleiter für den runden Tisch dürfte die Dividendenfrage für 1930 gewesen sein. Es ist bekannt, daß wohl alle Berliner Großbanken ihre Dividenden um etwa ein Drittel herabsetzen werden. Es ist wichtig, daß man sich dabei gegenseitig vor Ueberraschungen sichert, und es ist verständlich, daß sich die Großbanken deshalb ins Benehmen setzen. Neben diesem einmaligen Anlaß bestehen freilich noch eine ganze Menge Gründe, die es auch volkswirtschaftlich zweckmäßig erscheinen lassen, daß die Großbanken nicht so wild nebeneinander herkaufschieren, wie es in der Vergangenheit geschah ist.

Es ist eine Tatsache, daß die von den Großbanken gewährten Kredite in erheblichem Umfang eingefroren sind und daß die Großbanken bei der Betrachtung des Schadens sich davon überzeugen werden, daß derselbe Kunde bei den Großbanken mehrfach in der Kreide steht. Das hätte sich sicher vermeiden lassen, wenn in der Kreditgewährung eine gewisse Fühlung bestanden hätte. Die riesigen Fehlleistungen von Kapital, die eine der wichtigsten Ursachen der innerdeutschen Wirtschaftskrise sind, hängen mit diesem Neben- und Durcheinander der Kreditgewährung recht eng zusammen. Außerdem haben die Banken größte Sorge um ihre

eigenen Effektenbestände, d. h. um ihre Beteiligungen an der Industrie. Dieses Konto hängt wieder aufs engste mit der Kreditgewährung zusammen — und umgekehrt —, und es wäre durchaus vernünftig, wenn man auch in der Beteiligungs-politik dafür sorgen wollte, Fehlerarbeit und Fehlleistungen zu vermeiden.

Schließlich werden die Dummheiten der Großbankleiter von der gefamten Volkswirtschaft sehr teuer bezahlt, und es würde wirklich nichts schaden, wenn die Großbankleiter wenigstens in der Zukunft zur Vermeidung von Kapitaldummheiten rechtzeitig miteinander reden würden. In diesem Sinne möchten wir das angelegentlichste Zusammenarbeiten der privaten Finanzmächte begrüßen.

Höchste Zeit für das Bausparfassengezet!

Neue Verwässerung der Staatskontrolle!

Es ist nahezu ein Jahr her, seit der Gesetzentwurf über das Depot- und Depositengesetz fertiggestellt wurde, der einen Abschnitt über die Regelung des Bausparfassenwesens enthielt. Der Gesetzentwurf hat auch schon vor Monaten dem Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat passiert, ist aber bis heute dem Reichstag nicht zugeleitet worden. Inzwischen verlautet, daß die Regierung die Regelung des Bausparfassenwesens vom Depot- und Depositengesetz abtrennen will, um eine beschleunigte Erledigung der Bausparfassenregelung zu sichern. Aber auch darauf wird man wohl noch warten müssen. Die endgültige Regelung des Bausparfassenwesens verträgt jedoch keinen Aufschub mehr. Man denke nur an den üblen Reklameunfug vieler, insbesondere der der Nationalsozialisten nahestehenden Bausparfassen, die mit der Anpreisung „zinsloser“ Bankkredite den Sparern das Geld aus der Tasche zu locken versuchen.

Inzwischen hat der Reichsverband deutscher Bausparfassen, in dem ein Teil der Bausparfassen organisiert ist, eine

Dentschrift herausgegeben, die Abänderungsvorschläge zum Gesetzentwurf der Regierung enthält. Natürlich zielen die Vorschläge der Bausparfassenorganisation darauf ab, die staatliche Aufsicht über das Bausparfassenwesen, die der Gesetzentwurf dem Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung in die Hand geben will, zu lockern und sie mehr oder weniger durch Selbstverwaltungsorgane der Bausparfassen zu ersetzen. Nach den Erfahrungen, die bis jetzt schon mit verschiedenen Bausparfassen gemacht wurden, wird man einer Lockerung der staatlichen Aufsicht keineswegs zustimmen können, im Gegenteil ihre Verschärfung durch Einfügung strenger materieller Aufsichtsvorschriften in das Gesetz anstreben müssen. Ebenso ist der Vorschlag der Bausparfassenorganisation, die Genossenschaftsform für Bausparfassen zuzulassen, abzulehnen. Auch die Organisationen der Genossenschaften stehen diesem Vorschlag mit guten Gründen ablehnend gegenüber.

Im ganzen ist festzustellen: die Regelung des Bausparfassenwesens ist äußerst dringlich, gegenüber dem Gesetzentwurf der Regierung können nur Verschärfungen, nicht aber Widerungen in Frage kommen.

Aufteilung der Waggonwelt.

Sonderabmachungen zwischen Deutschland und Frankreich.

Die im vorigen Jahre abgeschlossene vorläufige Vereinbarung über das Internationale Waggonkartell hat jetzt zum Abschluß eines besonderen deutsch-französischen Abkommens und damit zu einer endgültigen Verlängerung des Internationalen Waggonkartells bis Ende 1931 geführt. Die Quoten verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt: Belgien 34,6 Proz., Deutschland 28,8 Proz., Frankreich 13,9 Proz., Italien 10,5 Proz.; der Rest entfällt auf die Tschechoslowakei, Ungarn, Oesterreich und die Schweiz. England ist dem Kartell nicht beigetreten, da man sich über die Belieferung der Märkte der englischen Kolonien und Dominions nicht einigen konnte. Von Fall zu Fall, d. h. also, wenn die englische Industrie mit dem Kartell um einen bestimmten Auftrag konkurriert, soll eine Verständigung zwischen beiden angestrebt werden.

Die wichtigste Kartellbestimmung ist wie bei der Internationalen Eisen- und Stahlartellen der Schutz des inneren Marktes, der damit stets der heimischen Industrie vorbehalten bleibt. Diese Bestimmung ist für die deutsche Waggonindustrie nachteilig deshalb, weil sie bisher sehr stark für die Belieferung des französischen Marktes (s. L. durch Reparationsaufträge) beschäftigt war. Obwohl die deutsche Industrie infolge der geringen Reichsbahnaufträge im Inlandgeschäft schlecht beschäftigt ist, die französische Industrie zur gleichen Zeit aber so gut beschäftigt ist, daß sie ihre Exportaufträge nur mit Mühe ausführen konnte (oder den Außenleitern des Kartells überließ), hat die deutsche Industrie keine Erhöhung ihrer (schon jetzt überschrittenen) Exportquote erreichen können. Dafür ist man übereingekommen, daß die deutsche Industrie unter bestimmten Umständen einen Teil der französischen Aufträge erhalten soll. Auslandsaufträge (die quotenmäßig Frankreich zufallen müßten) erhält Deutschland dann, wenn die französische Industrie im Inland so gut beschäftigt ist, daß sie die Auslandsaufträge nicht ausführen kann. Außerdem wird Deutschland an den französischen Inlandsaufträgen beteiligt in einer Höhe, die von der Menge der Aufträge und von dem Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie abhängt. Im günstigsten Falle kann sich aus dieser Regelung eine Erhöhung der deutschen Quote um 6 Proz. ergeben.

Ungewis ist, ob die deutsche Industrie auch in der Finanzierung der ihr übertragenen Aufträge unterstützt werden wird, sei es, daß die französische Industrie von sich aus Kredit vermittelt, sei es, daß man innerhalb des Waggonkartells ein internationales Finanzierungsinstitut schafft. Auf jeden Fall bleibt die deutsch-französische Abmachung ein neuer interessanter Versuch fruchtbarer Zusammenarbeit.

Reichsbahn fördert Arbeitslosigkeit.

Wo bleiben die Aufträge für den Eisenbahnsignalbau?

Aus den Kreisen der Arbeiter der Eisenbahnsignal-Bauanstalten, d. h. derjenigen Firmen, welche die Teile für die Sicherung des Eisenbahnbetriebes herstellen, geht uns die Mitteilung zu, daß diese Firmen mit großen Entlassungen vorgehen und beabsichtigen, die Betriebe aus Mangel an Aufträgen zu schließen.

Wie ist diese Tatsache im Hinblick zu bringen mit der gegenüber der Öffentlichkeit abgegebenen Erklärung der Reichsbahnleitung, daß die Reichsbahn die Maßnahmen der Reichsregierung unterstützen und Aufträge herausgeben will? Hier werden Facharbeiter, die in jahrelanger Ausbildung herangebildet worden sind, brotlos gemacht, obgleich der Verkehr die planmäßige Erneuerung der Sicherungseinrichtungen dringend erfordert.

Kurzarbeit wurde schon im letzten Quartal des vergangenen Jahres eingeführt, jedoch nur für die Arbeiter. Das technische Personal, welches sich ebenfalls nur aus Spezialisten zusammensetzt, war in dieser Zeit noch mit Projekten über und über beschäftigt, ein Zeichen für die Notwendigkeit der Arbeiten — und jetzt soll kein Bedarf vorhanden sein?

10,40 Milliarden Spareinlagen.

Ende Dezember 1930 erhöhten sich die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 10,40 Milliarden Mark gegen 10,26 Milliarden Ende November 1930. Gegen Ende 1929 (9,92 Milliarden) ist eine Vermehrung um 1,38 Milliarden eingetreten. Ende 1928 wurden 6,99 Milliarden, Ende 1924 nur 595 Millionen Mark Spareinlagen festgesetzt. Im alten Reichgebiet gab es Ende 1913 Spareinlagen im Betrage von 19,69 Milliarden Mark, so daß im neuen Reich 7 Jahre nach der Institution erst wieder die runde Hälfte der Vorkriegszeit erreicht ist.

Siemens legt ein neues Offsee-Kabel.

Der Siemens u. Halske A.-G. ist von der dänischen Staatstelegraphenverwaltung ein Auftrag auf Lieferung und Verlegung eines Fernsprechkabels erteilt worden. Dieses neue Seekabel soll die dänische Insel Bornholm (44 000 Einwohner), und zwar den Hauptort Rønne mit der südschwedischen Stadt Ystad verbinden. Es wird eine Länge von 67 Kilometern haben und die Führung von zehn Ferngesprächen gleichzeitig gestatten. Die Verlegung des Kabels wird bereits im Laufe dieses Sommers erfolgen.

Goethes Mutter als Erzieherin

Zu ihrem 200. Geburtstag

Die neueren Bücher, die über den Weimarer Dichter Goethe erscheinen, reden von recht großen Leuten als seine Vorfahren: Da ist väterlicherseits der Rat Goethe in Frankfurt a. M., ein großer Mann, der sehr viel Geld verdient, so daß es gar nicht so genau darauf ankommt, was der knapp 17jährige Sohn später in Leipzig an der Hochschule verbrachte! Goethes Vater war Kaiserlicher Rat zu Frankfurt, aber dessen Vater schon war ein einfacher Mann, ein Schneidermeister aus Thüringen, er hieß Friedrich Georg Goethe, ward 1657 in Artern geboren und zog, da das kleine Nest ihn nicht ernähren konnte, in die damalige „Großstadt“ Frankfurt, wo ein Handwerker immer besseres Auskommen hatte. Damit war die Arie Goethes nach Frankfurt verpflanzt, väterlicherseits. Des Schneiders Vater aber, der Hans Christian Goethe, war auch kein Rat des Kaisers, um Gotteswillen nicht, ein ganz armer, einfacher Hufschmied ist es gewesen, 1656 in Artern zuerst genannt, in Sangerhausen geboren. Seine Schmiedewerkstätte in Artern ist uns im Bilde erhalten, eine ganz erdärmliche Hütte ist es gewesen, darinnen hat er mühsam von früh 4 Uhr bis in die Nacht hinein gehämmert und ganz mühsam sein Brot verdient. Der Kaiserliche Rat in Frankfurt hatte es natürlich besser.

Der älteste Vorfahre der Mutter Goethes ist Gg. Weber in Weilersheim (Tauber), der weiter nichts war wie ein einfacher Bauer. Er lebte in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, damals gab es nur Bauern und ein paar Handwerker in unserem Lande, weiter nichts. Hundert Jahre später ist aber dessen Urenkel schon ein Advokat, der fünf Kinder hat und als ältester davon wird 1693 in Frankfurt Johann Wolfgang geboren, der Vater unserer Katharina Elisabeth, die Goethes Mutter wird. Die Leute hießen Weber, aber der Advokat ließ eines Tages seinen Namen lateinisch umschreiben und sich Teutor nennen, das war damals so Sitte, und die reichen und „gelehrten“ Leute wollten keine so gewöhnlichen Namen haben „wie das Volk“, und die Gesetzesbestimmungen gestatteten diesen Leuten ihre Namensänderung. Für Geld ist schon in allen Jahrhunderten alles gemacht worden und die Kreise, die „oben“ saßen, haben für sich immer Vorteile und Vorrechte als selbstverständlich betrachtet. Da brauchen wir nur an diese Namensänderung zu erinnern.

So entstammt also Goethes Mutter richtig gesehen, der deutschen Bauernfamilie Weber, aber in gelehrten Büchern werdet ihr nur von der Familie Teutor, von Professoren und Advokaten lesen! Arme, arbeitende Vorfahren läßt man eben in der glänzenden Wissenschaft weg. „Sie interessieren nicht mehr!“

Nun wird man über Goethes Mutter, die Frau Katharina Elisabeth Teutor, geb. am 19. Februar 1731 (also vor zwei Jahrhunderten), gestorben, hochbetagt am 13. September 1808, allerlei schöne Abhandlungen zu ihrem 200. Geburtstag schreiben, wird sie als gelehrte und gutbürgerliche Frau hinstellen. Wie das immer geschieht bei solchen Anlässen.

Aber lassen wir doch die Wirklichkeit reden und setzen einen Bericht hierher aus der Zeit von Goethes Mutter, der da wörtlich lautet:

„Wie ich jung war, mußte man von all den Verbesserungen nichts, so wenig man von dem Staate (gemeint ist die vornehme Kleidung) etwas wußte, zu dem man jetzt die Kinder gewöhnt. Man ließ uns lesen, lernen und schreiben, und übrigens hatten wir alle Freiheit und Freude der ersten Jahre. Wir vermengten uns mit Kindern vom geringen Stand, ohne daß es unsere Sitten verderbt hätte. Wir durften wild sein, und die Mutter fürchtete nicht für unseren Anzug, wir hatten keine Falbalas zu zerreißen, keine Blonden zu verschmugen, keine Bänder zu verderben, unsere leinernen Kleiderchen waren bald gewaschen. Keine hagere Deutsch-Französin zog hinter uns her, ließ ihren bösen Humor an uns aus und präntierte (besoff) etwa, wir sollen so fleißig, so eitel, so albern thun wie sie. Es wird mir immer übel, die kleinen Mißgeburten in der Wiege auf und ob treiben zu sehen. Nicht anders stehts aus, als wenn ein Kerl in der Wesse seine Hunde und Affen mit Keilröden und Pantangen mit der Peitsche vor sich her in Ordnung und auf zwei Beinen hält und es ihnen mit derben

Schlägen gesegnet, wenn die Natur wiederkehrt und sie Lust kriegen, einmal auf allen Vieren zu trappeln. . .

Mein Vater hat weber Schande an mir in der großen Welt erlebt, noch hat er sich über mein häßlich Leben zu beklagen. Ich sage dir, die Kinderschuhe treten sich von selbst aus, wenn sie einem zu eng werden, und wenn ein Weib Menschenverstand hat, kann sie sich in alles fügen. Bewiß! Die besten, die ich unter unserm Geschlecht habe kennen lernen, waren eben, auf deren Erziehung man am wenigsten gewendet hatte. . .

Eure Kenntnisse, eure Talente, das ist eben das verfluchte Zeug, das euch entweder nichts hilft oder euch gar unglücklich macht. Wir wußten von all der Firtelanzerei nichts; wir tappelten unser Viehdien, unser Menuet auf dem Klavier und sangen und tanzten dazu.“

Man muß immer berücksichtigen, daß Goethes Mutter die Tochter eines Juristen war, also auch zu den „höheren Kreisen“ zählte, die sich damals schon herausnehmen durften, von den „Kindern des geringen Stands“ zu reden, der die Sitten verderben sollte! Mit 17 Jahren heiratete sie den um 21 Jahre älteren Kaiserlichen Rat J. Caspar Goethe, also da war sie, äußerlich gesehen, „ganz hoch oben!“ Aber Frau Mutter Goethe blieb immer eine schlichte, ein-

fache, bescheidene, zufriedene Frau, wie es oben zu lesen steht. Die Welt nahm es ihr übel, daß sie nicht französisch sprechen konnte, das war damals wichtig für die „Gebildeten“. Wichtiger wie die deutsche Sprache. Das war die Vaterlandsliebe vor zwei Jahrhunderten! Die Mutter Goethe machte sich Zeit ihres Lebens nichts daraus, daß sie die Sprache der Gallier nicht verstand.

Sie ist eine sehr alte Frau in ihrer Einfachheit geworden, und der große Rat Goethe in Weimar hatte seine Freude an seiner Mutter!

Goethe liebte seine Mutter in aller Ehrlichkeit. Goethe hatte einen Sohn August, der mit der Großmutter auch manchen Brief wechselte. Und da ist es sehr wichtig, was die Großmutter aus Frankfurt, — sie wurde zu Lebzeiten immer Frau Na genannt — im Juli 1798 an ihren Enkel nach Weimar schrieb. Bringen wir es doch wörtlich:

„Ich schäme mich nicht, zu bekennen, daß Du mehr von diesen Sachen, die von großen Nutzen sind, weißt, als die Großmutter. — Wenn ich so gerne spräche wie Du, so könnte ich Dir erzählen, wie elend die Kinder zu meiner Zeit erzogen wurden, — danke Du Gott und Deinen lieben Eltern, die Dich alles Nützliche und Schöne so gründlich lehren und beurteilen lernen, — daß mehrere, die dieses Glück nicht haben, im dreißigsten Jahre noch alles vor Unwissenheit anstauen wie die Kuh ein neues Thor. . .“

Daß es auch jetzt nach 200 Jahren immer noch Rüge gibt, die die neuen Tore anstauen müssen, dafür hat man gesorgt. Aber diese Rüge kommen oft auch von den höchsten Schulen unserer Zeit, wo sie nichts gelernt haben, aber glauben, alles zu können!

W. Heilmann.

Spaniens Schreckenszeit

In Spanien hat die Entscheidungstunde geschlagen. Wird der König seine Krone verlieren, wird er sie durch Zugeständnisse retten können? In jedem Fall ist die Zeit des Absolutismus in Spanien vorbei. Das Land, von dem Europa Namen und Begriff des Liberalismus übernommen hat, muß als letzter europäischer Großstaat die Auseinandersetzung des Volkswillens mit der unbefchränkten Königsmacht durchführen.

Sensitiv der Pyrenäen beginnt ein Land, das anders als Europa ist. Zurückgeblieben — behauptet das überhebliche Vorurteil des Europäers. Der Streik um politische Ziele, über die sich das übrige Europa fast schon wieder hinaus entwickelt hat, darf aber nicht vergessen lassen, daß Spanien von jeher um seine Konstitution kämpft. So, die ganze spanische Geschichte ist im Innern ein unaufhörlicher Kampf des Bürgergeistes und Freiheitswillens mit der Krone, angefangen bei Karl I., dem deutschen Kaiser Karl V., der nach dem Zustand des Juan de Padilla den Städten die politische Freiheit nahm und die Cortes völlig in den Hintergrund schob. Hunder Jahre später, unter Philipp IV., tobte zehnjähriger Bürgerkrieg in Katalonien, Andalusien und andernwärts. Unter dem ersten Bourbon, Philipp V., verlor die Nation ihre letzten Verfassungsrechte; die Provinzen, die sich für den Gegenkönig Karl erhoben hatten, wurden wie eroberte Länder behandelt. Der letzte Reichstag ward in Kastilien 1713 abgehalten.

Die Verfassung des Jahres 1812, unter Herrschaft des Königs Joseph Bonaparte gegeben, wurde das Ideal des europäischen Liberalismus. Sie war radikalster als die radikalste ihrer Zeit. König Ferdinand VII., der nach dem bonapartistischen Zwischenspiel wieder zurückkehrte, hatte diese Konstitution nicht anerkennen wollen. Das führte zu einer Revolution, die über ein Jahrzehnt hindurch dauerte und an Fruchtbarkeit sogar die Schreckenszeit der französischen Übertraf. Das Spanien von 1819 war in zwei Parteien gespalten: die „Liberales“, auch Josephinos (nach Joseph Bonaparte) genannt, und die „Serviles“, die Königstreuen. Das Signal zur Revolution gab, wie im letzten Dezemberputsch, das Militär, das die Wiederherstellung der Verfassung von 1812 verlangte. Der Major Franco von damals war der Ingenieuroberst Quiroga. Die Revolution breitete sich rasch aus, und der König mußte die Konstitution genehmigen. Aber die erhoffte Beruhigung trat nicht ein. Als in Madrid der Donherr Don Binnesa wegen seines gegenrevolutionären Auftrags „eines wahren Spaniers an seine Nation“ zu zehn Jahren Galeere ver-

urteilt wurde, forderten liberale Agitatoren das Volk auf, den Kerker zu erbrehen und Binnesa zu ermorden.

Das war das Signal zum Bürgerkrieg. Drei Parteien warben um die Volksgunst: die ultraliberalen Communiteros, die gemäßigten Konstitutionellen und die ultrareaktionäre „Glaubenspartei“. Zum Unglück für das Land schwankte der König ziellos zwischen diesen Gruppen hin und her. Die Folge war Anarchie in der Provinz, offener Aufruhr in Madrid. Die Königstreuen bildeten Banden; eine „Glaubensarmee“ errichtete in den katalonischen Gebirgs- schichten vorübergehend sogar eine Regentenschaft für den „freien König“. Die Cortes drohten Ferdinand VII. ebenfalls eine Regent- schaft an, wenn er sich nicht von seinen reaktionären Ratgebern be- freie. Als ein Gardebataillon von der Nationalmiliz gepregelt und niedergemetzelt wurde, mußte der König die Mörder seiner eigenen Garde loben. Der Bürgerkrieg tobte von einem Ende Spaniens zum anderen. Spanisch war die wilde Leidenschaft, mit der dieser Kampf auf beiden Seiten geführt wurde. An der Spitze der Glaubensarmee ritt ein Trappistenmönch Antonio mit gegogenem Säbel. Als kein Ausweg mehr aus diesem Chaos schien, beauftragten die europäischen Mächte Frankreich mit der Intervention — noch bestand die heilige Allianz, und Rußland konnte alles Ernstes be- wehren, „ein unglücklicher Monarch und eins der ersten Völker Europas müsse dem schändlichen Joch entzissen werden“. Spanien bestritt natürlich das Recht zum Eingreifen.

Aber das Land befand sich in völliger Auflösung. Unzählig waren die Parteien. Der Einmarsch der französischen Armee steigerte die Kampfesmut zur Siedehitze. Es war ein Krieg ohne Gnade, am erbittertesten geführt zwischen Spanier und Spanier, so daß die Behörden die Franzosen beschworen, den Greueln ein Ende zu machen. Die Mönche von Malaga wurden auf ein Schiff geschifft und ihrem Geschick überlassen — keiner wurde mehr gesehen. Eine Partei brannte der anderen die Häuser nieder. Der König wurde von Madrid nach Sevilla und von dort nach Cadix gebracht; in der Hauptstadt brach ein Gemetzel aus, dem erst die Franzosen ein Ende machten. Eine neue Regentenschaft wurde eingesetzt, und eine scharfe Gegenrevolution begann. Die Volkswut richtete sich gegen die reichen Kaufleute, die liberal waren und nun in Scharen saßen. Dann wurde auch Cadix von der Interventionsarmee genommen. Die Cortes lösten sich auf. Ihre Generale flohen oder wurden hin- gerichtet. Es folgte eine Zeit der schürstesten Reaktion. Nachts lag man feierliche Grabslieder vor den Häusern der Liberalen. Aber beruhigt wurde das Land nicht. Geldnot, Hunger, Teuerung suchten Spanien heim. Der König war nur aus der Vormundschaft der Liberalen in die der Reaktion übergegangen. Jedermann fühlte die Unhaltbarkeit der Zustände. Noch lange, nachdem die Franzosen das Land verlassen hatten, tobte der Aufruhr, der sich in den dreißiger Jahren in dem endlosen, mit unerhörter Grausamkeit geführten Kar- listenkrieg fortsetzte, in dem es nicht so sehr um den Zwist zwischen dem König und seiner Nachfolgerin einerseits und seinem Bruder Don Carlos andererseits als um den Kampf zwischen Freiheit und Absolutismus ging.

Eine Auto-Expedition quer durch Asien. Eine französische Kraft- wagen-Expedition, die Asien durchqueren will, begibt sich jetzt nach Beirut, um von dort ihre Reise anzutreten. Die vom Automobili- fabrikanten Citroen organisierte Unternehmung besteht aus sieben schweren Kraftwagen mit Kuppenüberdächern und sechs leichteren Wagen. Ein großer Stab von Gelehrten, Geologen, Archäologen und Naturforschern ist der Expedition beigegeben, an der auch der Maler Alexander Falowski teilnimmt. Ein besonderer Wagen führt eine vollständige Radiostation mit, deren Reichweite sich auf 20 000 Kilometer erstreckt und die mit den Hauptstationen Asiens, Europas und Amerikas in ständiger Berührung bleiben soll. Zwei weitere Wagen enthalten eine vollständige Ausrüstung für Aufnahmen von Stimmen und Tonfilmen. Ein anderer Wagen führt eine elektrisch ausgerüstete Küche, und noch ein anderer ist als Krankenwagen mit allen notwendigen Einrichtungen versehen. Die Reise soll in drei Etappen vor sich gehen: von Beirut nach Peking, von dort nach Saigon und von Saigon nach Beirut. Die erste Etappe führt über das Groß- Persien, Ost-Turkestan, die Wüste Gobi und Ordos in der Mongolei. Man hofft, Peking im September zu erreichen und Ende November in Saigon einzutreffen. Der letzte Teil der Reise führt dann über Siam, Birma, Indien, Persien und Arabien und dürfte erst in der zweiten Hälfte 1932 beendet sein.

Wie man Fieber messen soll. Daß die gewöhnliche Methode der Temperaturmessung des menschlichen Körpers nicht genügt, betont Dr. Zimmermann in der Münchener „Medizinischen Wochenschrift“. Die Achseltemperatur hat die meisten Fehlerquellen, aber auch bei Messung im Darm wird nur auf Krankheitsursachen hingewiesen, die sich auf den Unterleib beschränken. Der Gelehrte schlägt daher eine gleichzeitige Messung an einem Ort der gesteigerten Wärme- erzeugung, dem Darm, und einem Ort der Wärmeabgabe, dem Mund vor; nur auf diese Weise ist eine echte Regulationsstörung der ganzen Körpertemperatur festzustellen.

Ein seltsamer Halbaffe lebt auf Madagaskar, wo man ihn vor 150 Jahren zum ersten Male gesehen hat. Vor dieser Zeit ahnte niemand etwas von der Existenz des Tieres, des sogenannten Ring- affen, dessen Maul einem Papageienknauel ähnelt. Das Tier ist dadurch merkwürdig, daß es sich nur in völliger Dunkelheit wohlfühlt. Bei dem geringsten Lichtschein ergreift es entsetzt die Flucht.

Josef und Karl Capek: Aristokratie

In die Dachkammer, wo der Kaplan Chrodegang — der immer einmal im Jahr, am heiligen Abend, gereinigt und in die Gemächer der Herrschaft hinabgetragen wurde, um den Gästen als der Täufer und Erzieher von bereits historischen Vordätern gezeigt zu werden — seine rheumatischen Tage verbrachte, von den Dienstmädchen mit drei gefüllten und mit heißen Ziegeln und mit Watte betreten, in diese Dachkammer bogab sich die kleine Gesellschaft, die gekommen war, den Kaplan zu seinem Geburtstag, dem hundertzwanzigsten, zu beglückwünschen.

Es waren dies: Lonellus, der Palastportier, mit weißem Bart und der Schönheit eines Königs; Pagens, Kammerdiener; Francois Sisto, Kammerdiener; Albinet Solar, Kammerdiener; sämtliche betagt, mit glattrasierten Wangen, aschfarbenen Badenbärten und verwelkten Mienen; Mister Francis Smuts, englischer Schneider mit häßlichem Blick; Cantory, Katal, mit Badenbart; Herr Izat, weiß, Rückenverwaller.

„Hochwürden“, sprach der matte Sisto, „es ist mir eine Ehre, Ihnen die Glückwünsche und die Huldigung der gesamten Dienerschaft und der dem erlauchten Hause unserer erhabenen Herrschaft Angehörigen zu verdolmetischen.“

Kaplan Chrodegang erzitterte, runzligen Blickes und aus zer- kneten Mundwinkeln speichelnd.

„Heiliger Patriarch“, sprach Sisto ergriffen, „was du gesehen, beklagen wir, nicht sehen zu können; und nun siehst du nicht und hörst nicht, und siehst bloß, was nicht mehr ist, Gott segne dich!“

„Die Welt hat sich verwandelt“, sprach der kalte Pagens. „Ich bin alt und sehe nicht gern, was ich sehe. Ich bin vierhundert Jahre alt, denn wir sind erblich. Ich habe in Mutterleib gedient und habe gedient, solange ich im Vater war; und meine Eltern haben in meinen Großeltern gedient, ehe sie noch geboren wurden; und meine Großeltern wurden von dienenden Vätern und dienenden Müttern gezeugt. Vierhundert Jahr habe ich in meinen Vorfahren gedient und morgen verlasse ich den herrschaftlichen Dienst. Denn ich will nicht mehr sehen, was jetzt zu sehen ist.“

„Was jetzt zu sehen ist: Die Menschen sind einander gleich ge- worden“, äußerte Albinet Solar. „Es ist nicht mehr unehrenhaft, kein Edelman zu sein, und die Welt hat sich verändert, und es ist nicht ehrenvoll genug, einer zu sein; und schon nahen die Zeiten, wo es ehrenvoll sein wird, keiner zu sein. Und ich verlasse dieses Haus, denn es ist nicht ehrenvoll für mich, jenen zu dienen, die nicht mehr die Herren sind.“

„Ich will nicht mehr sehen, was jetzt geschieht“, wiederholte

Pagens leise. „Baron P. ist in Madno National-Sozialist. Der edle Ritter L. ist Füllknecht im Brauhaus. Fürsten werden Vor- sitzende von Weinhandlervereinen. Ihrer Durchlaucht, die Kom- tesse Sch., ist Amme geworden. Himmel, sehe ich recht? Denn ich bläse durch Tränen.“

„Wir meinen, durch die Korridore der Ahnen wandelnd“, fügte Albinet hinzu. „Es gibt keine Erhabenheit mehr. Meins Vor- fahren haben das Schwert um des Herren Hüften gegürtet; und ich gürtete ihm das Bruchband um und schäme mich. Aber ich verlasse bereits dieses Haus; denn es ist nicht gut für mich, Bürgerlichen zu dienen; voll Ekel verlasse ich dieses Haus!“

„Wie war es doch?“ träumte der grübelnde Sisto. „Ich sehe erhabene Kavastaden; und das Bäuerlein, auf dem Acker robotend, richtete sich auf, um dem goldenen Wagen der Kavaliere nachzu- blicken. Denn man kann nur das ehren, was glänzt und mächtig ist.“

„Oh, ihr Schwachen, demokratischen Augen. Ihr habt, was euch gebührt; denn es glänzt nichts als der Schweiß und das Weisung der Maschinen, ihr habt, was euch gebührt, denn ihr habt nichts, was euch blendete.“

„Ihr Hals war rot, wenn sie aus dem Kampfe kamen“, träumte Sisto, „und die Brust der edlen Duellanten war rot wie des Erzbischofs Handschuhe; und ihre Nacht war purpurn wie des Königs Mantel. Aber ich sehe nichts Rotes mehr.“

„Schweig, Sisto“, sprach Albinet Solar, „sind die Fahnen der Verammlungen und die Krawatten der Wortemacher nicht rot genug? Schweig Sisto, heute brauchen die Menschen keinen anderen Purpur.“

„D. Sisto, genug“, jammerte Pagens. „Wir nähren uns von Tränen, vor den Büdern der Ahnen uns neigend. Indes unsere Herren sich vergessen, indem sie sich in heutige und Zeitgenossen verwandeln, sind wir Tradition und unangestiftetes Erbe verfallen. Wir sind historisch, o Sisto, denn alles Erhabene ist Irvergange- heit und unzeitgemäßes Erbe. . . O Sisto, noch haben unsere Ahnen das Gold und den Prunk aller Zeiten; und unsere Gesichter sind hundertjährig und gleichen den Wappen. Und wenn unser Ahne unserem Herrn begegnete, er würde sein altes bürgerliches Aussehen verachten. Genug, Sisto. Wir allein haben das Ansehen und die Größe der alten Zeit bewahrt. Wir sind traditionell. Wir sind historisch, wir sind gewesen.“

Kaplan Chrodegang hülfste.

Und: „Wir sind die letzten Aristokraten“, endigte Herr Cantory.

(Gezeichnete Illustration von Otto Bild.)